

# VORAN

**Inhalt**  
SPD-Parteitag  
Seiten 6 und 7  
DDR  
Seiten 2, 3 und 12  
Metalltarifunde  
Seite 11

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 117 - Februar 1990

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Die Bundesregierung prahlt momentan mit den Wirtschaftsdaten.

Sie will damit die negative Bilanz ihrer Politik seit 1982 vergessen machen.

Wo findet denn der Aufschwung statt? Wie der DGB errechnete, stiegen unter dem Strich die Gewinne zwischen 1980 und 1989 um 75%. Doch die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung war 1989 noch auf dem gleichen Stand wie 1980, denn die Preise stiegen gleich stark wie die Nettolöhne und -gehälter (jeweils 26%).

Trotz der euphorischen Meldungen in den Medien über die Konjunktur gibt es heute 1,2 Millionen Arbeitslose mehr als 1980. Der jetzige Aufschwung konnte den Arbeitsplatzabbau der Krise 1980-82 nicht wettmachen. Die Bundesregierung tat überhaupt nichts für die Arbeitslosen.

Im Gegenteil: Sie unterstützte die Kahnschlagpläne der Unternehmer im Bergbau und in der Stahlindustrie. Sie führte selbst Entlassungen in Staatsbetrieben durch. Sie bekämpfte jede Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, obwohl dadurch nachweisbar neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

Die Politik der Bundesregierung war und ist eine Politik für die Reichen, auch wenn sie im Wahlkampfjahr 1990 den Wolf im Schafspelz spielen will und vielleicht Wahlgeschenke ausstilt.

## Sozialabbau

Die Regierungsübernahme Kohls 1982 war eine Wende - zum Schlechteren. Als erstes wurde das Schülerbörge gekürzt: Angriff auf Angriff folgte: Liberalisierung des Mietrechts, Anreize zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Ignoranz gegenüber Forderungen nach verstärktem Wohnungsbau. Solche Forderungen und Warnungen vor den Folgen der Regierungspolitik gibt es schon seit Jahren aus der SPD und den Gewerkschaften. Heute haben wir eine große Wohnungsmisere in der BRD. Nicht die Überstücker sind schuld, sondern CDU und FDP, die Parteien des Kapitals.

Gegen CDU/CSU/FDP

# SPD in die Offensiverei

Kohl versucht von dieser Bilanz der Jahre 1982-89 mit deutschlandpolitischer Phrasendrescherei abzulenken und sich auf Kosten der DDR-Arbeiter zu profilieren.

Viele Arbeiter und Jugendliche, die unter der CDU-Politik zu leiden hatten und haben, vergessen aber nicht: nicht die Bevorzugung der Leiharbeiter und befristeter auf Kosten unbefristeter Arbeitsverträge; auch nicht die Unterhöhung des Streikrechts durch die Veränderung des §116. Die Regierung kümmerte es auch nicht, daß bestimmte Gruppen besonders unter den Angriffen zu leiden hatten, nämlich Frauen, Jugendliche, ausländische Mitbürger, und nicht zu vergessen die Rentner. Ganz deutlich wurde der arbeitfeindliche Charakter der Regierung an der Gesundheitsreform. Der einfache Krankenversicherte zahlt drauf, die Pharmaindustrie wird geschont.

## Reformen durchsetzen

Die Mut über die Ungerechtigkeiten ist bei vielen Arbeitern sehr groß. Doch sie wurde von den Führungen

der Arbeiterorganisationen SPD und DGB zu wenig in eine gezielte Mobilisierung gegen die Regierung umgewandelt. Oft war bisher die Oppositionspolitik viel zu sanft, die Bevölkerung sah nicht die Alternative zur Koalition. Um wirklich etwas zu bewirken, muß die SPD in die Offensive.

Im Schluß mit den Gewerkschaften sollte sie für die Rücknahme aller in den letzten Jahren durchgeführten Angriffe kämpfen. Das Wahlprogramm sollte an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ansetzen und sich eine kräftige Umverteilung von oben nach unten vornehmen. Es sollte auch Strategien der Durchsetzung beinhalten, denn die Unternehmer werden sagen: Große Verbesserungen für die Bevölkerung können wir uns nicht leisten. Wir alle sollten entgegen: Dann können wir uns die

Unternehmer nicht mehr leisten!  
Je mehr Arbeiter und Jugendliche in die SPD eintreten und für ein sozialistisches Reformprogramm kämpfen, desto sicherer ist es auch, daß wir die CDU-FDP-Regierung in diesem Jahr wegbekommen.

Jakob Meindorf, Köln  
HBV-Betriebsratsvorsitzender

## Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollen Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500,- DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von

der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik; Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.

- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeitern.
- Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.



In der BRD und der DDR:

## Schluß mit dem Waffenexport!

Rüstungsfirmen können durch den Export von Waffen große Profite einfahren. Kriege, Konflikte, um mehr Einfluß zu gewinnen, und die Aufrechterhaltung von Diktaturen heizen ständig den Waffenhandel an.

Wenn einzelne Waffenhändler Geschäfte machen wollen, gibt es für sie keine Schranke. Der BRD-Chemie-Gigant Bayer half dem Iran, eine Giftgasproduktion aufzubauen, gleichzeitig exportierten andere Firmen aus der BRD zwischen 1982 und '88 Waffen im Wert von 625 Millionen US-Dollar

in den Irak.  
Eventuell ausbleibende Rüstungsaufträge durch Abrüstung der Bundeswehr könnten sich jetzt als Schubkraft für Rüstungsexporte erweisen, weil die Rüstungsproduzenten nicht bereit sein werden, auf die Gewinne zu verzichten.

Der Irak gilt als größter Waffenimporteur der Welt. Er wurde von den stalinistischen wie von den imperialistischen Ländern im Krieg gegen den Iran unterstützt. Waffenhändler auf beiden Seiten bereicherten sich am Handel. Schalk-Golodkowski, Ex-Staatssekretär, war in der DDR der oberste Waffenschieber. Er lieferte Waffen an den Irak, aber auch an die rechte Guardia Civil in Peru und an das Rassistenregime Südafrika!

Kapitalisten und Bürokraten arbeiten mit den gleichen Mitteln, wenn es um ihre Gewinne bzw. persönliche Bereicherung geht. Gesetze werden umgangen, ausgehöhlt, gebrochen. Die Arbeiter beider Seiten müssen für den Stopp aller Rüstungsexporte kämpfen.

Sandra Pawleg, Berlin-West

# Der Kommentar

## Für die Vereinigung BRD/DDR Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland!

Die Teilung Deutschlands nach dem Krieg war ein schmerzhafter Einschnitt in einen lebendigen Organismus. Die Errichtung einer Grenze mitten durch eine Nation hindurch schuf ein gewaltiges Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft, der Menschen ebenso wie für den Umweltschutz. Wir unterstützen das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung. Wir fordern die Abschaffung der deutsch-deutschen Grenze und einer garantierten hohen Lebensstandard, soziale Sicherheit und kostenlose Gesundheitsfürsorge, billigen und guten Wohnraum für alle - in Ost und West!

Ehrigster Vertreter einer Zementierung der deutschen „Zweistaatlichkeit“ für alle Zeiten ist die in der SED-PDS organisierte Bürokratie. Sie bezieht die Rechtfertigung ihrer privilegierten Existenz aus der Zweistaatlichkeit. Auch immer noch die Macht inne, indem sie die Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft weiter besetzt hält.

Die Entmachtung der Bürokratie kann nur das Werk der arbeitenden Bevölkerung und Jugend in der DDR sein. Da helfen weder Kohl noch Gorbatschow. Die für den 6. Mai geplante Volkskammerwahl muß zu einer massenhaften Volksabstimmung gegen den Stalinismus, gegen die SED und die alten Blockparteien werden. Aber Demokratie und Selbstbestimmung sind mehr als nur einmal alle vier Jahre ein Kreuzchen machen. Die Demokratie muß von den Betrieben ausgehen; die arbeitende Bevölkerung muß die Produktion kontrollieren und selbst bestimmen, was und wie investiert und produziert wird. (Dies ist momentan weder im Osten noch im Westen der Fall.)

Die demokratisch gewählten Vertretungsorgane der einzelnen Belegschaften sollten sich in der Tradition der deutschen Rätebewegung von 1918/19 zusammen schließen und alle zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur raschen Steigerung des Lebensstandards notwendigen Maßnahmen besprechen und umsetzen.

BRD-Bundestkanzler Kohl hat mit der Idee einer Konföderation nichts wirklich Neues entwickelt. Eine ähnliche Idee wurde bereits in den 50er Jahren von Ulbricht und der SED vertreten. Kohl will in erster Linie die nächste Bundestagswahl gewinnen. Und da seine Partei, die CDU, in den letzten Wahlen starke Verluste erlitten hat und Kohls Innenpolitik große Unzufriedenheit in der BRD ausgelöst hat, will Kohl im kommenden Wahlkampf mit der deutschen Frage gewinnen.

Kohl und die CDU vertreten die Interessen des großen Geldes, der Großkonzerne und Banken in der BRD. Und diese hatten noch nie etwas für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch nicht des eigenen Volkes übrig. Sie waren es, die Hitler finanzierten und von seiner Diktatur profitierten.

Kohls Vorgänger und Ziehvater Konrad Adenauer konnte als Bundeskanzler mit der deutschen Teilung gut leben. „Lieber da halbe Deutschland ganz“, war seine Devise. Sachsen und Thüringen waren ihm wegen der dort traditionellen Stellung der SPD sowieso nicht geblieben.

Auch heute sind Kohl und die meisten Unternehmer - entgegen ihrer lärmenden Propaganda - gegen eine Wiedervereinigung. Denn sie wissen genau, daß sie die Erwartungen nicht erfüllen können, die DDR-Arbeiter mit der Hoffnung auf rasche Wiedervereinigung verknüpfen: einen guten Lebensstandard und weitgehende demokratische Rechte für alle Bürger in Ost und West. Ein Zugriff der westlichen Unternehmer auf die volkseigenen Betriebe der DDR würde unweigerlich zu zahlreichen Schließungen und massenhafter Vernichtung von Arbeitsplätzen führen. Das können wir sogar bei Firmenaufkäufen im Westen immer wieder erleben. Und die DDR-Betriebe sind in der Mehrzahl weniger produktiv als die westlichen. Übrig blieben einige vorhandene und neu angelegte produktivere Betriebe, in denen dann modernisiert und überwiegend für den Weltmarkt produziert würde - zu niedrigen Löhnen natürlich. Unternehmer investieren nicht aus humanitären Gründen. Das Gebiet der heutigen DDR würde so zum neuen europäischen Versuchskaninchen in Sachen „Billiglohnland“.

Wann in der DDR massiv privatisiert wird, wer könnte dann noch verhindern, daß in den heutigen SED-Bürokraten in den Kombinatn vielleicht selbst zu Fabrikbesitzern und Kapitalisten würden?

Das alles entspricht sicher nicht den Wünschen und Hoffnungen der DDR-Bürger, die sich eine Senkung ihres Lebensstandards nicht gefallen lassen würden. Deshalb wollen Kohl und seine Unternehmer-Freunde die politische Verantwortung für das Gebiet der DDR nicht übernehmen. Natürlich wollen sie dennoch Geschäfte machen und absahnen, was abzusahnen ist. Mit Zustimmung der Regierung Modrow wollen sie einige Rosinen 'rauspicken, „Joint-Ventures“ aufbauen und Gewinne in den Westen holen.

Die bisher herrschenden Kräfte in Ost und West sind weder willens noch fähig, das Streben der Mehrheit der DDR-Bürger nach besserem Leben in einem vereinigten Deutschland zu erfüllen. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter in Ost und West kann dies erreichen.

Erster Schritt hierbei müssen direkte Kontakte zwischen den Beschäftigten ähnlicher Betriebe und gleicher Branchen in BRD und DDR sein. Ein Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren auf beiden Seiten könnte helfen, die Produktivität in der DDR rasch zu steigern. Unbürokratisch und ohne Bevormundung oder Hintergedanken könnte technische und wissenschaftliche Hilfe geleistet werden.

Von wirklicher Selbstbestimmung kann nur dann die Rede sein, wenn die arbeitende Bevölkerung die Betriebe besitzt, die Produktion kontrolliert und durch ihre demokratisch gewählten Organe bestimmt, wie der von ihr geschaffene Reichtum zur weiteren Steigerung von Lebensstandard und Lebensqualität eingesetzt wird. Eine Vereinigung des Wirtschaftspotentials beider deutschen Staaten ohne die Fessel bürokratischer Bevormundung und großkapitalistischer Gewinnsucht könnte sehr schnell zu einer raschen Steigerung des Lebensniveaus für alle und einer massiven Arbeitszeitverkürzung führen und eine demokratische Gesellschaft schaffen, die den alten Vorstellungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung von einer besseren sozialistischen Zukunft entspricht. (12.1.1990)

# VORAN

## zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften  
Erscheint seit Dezember 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Olfinger

Redaktionsanschrift:  
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
Telefon 0221/134504  
Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegerstraße 26-28, 4300 Essen 11  
Bankverbindung: Post giroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430

# Nationale Frage Trotzki über die Unabhängigkeit der Ukraine

Ende der 30er Jahre setzte sich Trotzki, zusammen mit Lenin der Organisator des Sieges der Russischen Revolution im Oktober 1917 und später der Initiator der Linken Opposition gegen die stalinistische Entartung der Sowjetunion, für die Unabhängigkeit der Ukraine von der UdSSR ein.

Die geschichtlichen Bedingungen waren von den heutigen insofern verschieden, als die Arbeiterbewegung in den 30er Jahren eine Serie von Niederlagen erlitten hatte und der Ausbruch eines neuen Weltkrieges unmittelbar bevorstand. Heute jedoch stehen wir erst am Beginn einer ganzen Epoche von Klassenkämpfen.

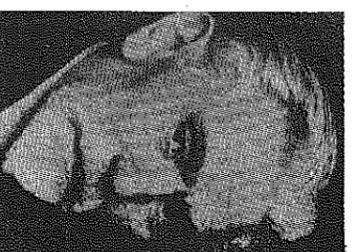
Doch abgesehen davon sind Trotzki's Ausführungen über die Ukraine von grundsätzlicher, methodischer Bedeutung. Die Nationalitätenprobleme haben sich heute innerhalb der Sowjetunion und auch in der gesamten stalinistischen Welt enorm zugeplittzt. Die zentralen Tendenzen sind unübersehbar geworden. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der bürokratisch gelenkten Planwirtschaft und der Haß auf die Bürokratie wird teilweise durch die nationale Frage überlagert. Die Arbeiterbewegung darf in dieser Frage nicht in „nationalen Nihilismus“ verfallen, d.h. die Frage der nationalen Unterdrückung und der tatsächlichen Entwicklung der Massen durch „Maßnahmen über bestmögliche Entwicklungswege“ ersetzen.

## Recht der Nationen auf Selbstbestimmung

Die Aufgabe der Arbeiterbewegung besteht darin, nicht einfach nur ein sozialistisches Programm zu vertreten, sondern dies mit demokratischen Aufgaben zu verbinden. „Das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung ist natürlich ein demokratisches und kein sozialistisches Prinzip. Dennoch die Prinzipien wahrer Demokratie nur vom revolutionären Proletariat unterstützt und verwirklicht werden, sind sie mit den sozialistischen Aufgaben verknüpft.“ In der Ukraine wurde damals die Unterdrückung durch die Krenl-Bürokratie vor allem als nationale Unterdrückung des ukrainischen Volkes durch die russische Bürokratie begriffen. „Die Masse des ukrainischen Volkes ist mit ihrem nationalen Schicksal unzufrieden und möchte es radikal ändern. Von dieser Tatsache muß ein revolutionärer Politiker, im Unterschied zum Bürokraten und

# 150. Geburtstag August Bebel's „Todfeind des Kapitalismus“

August Bebel wurde am 22. Februar 1840 in Köln als Sohn eines armen preussischen Unteroffiziers geboren. Er absolvierte eine Lehre als Drechsler und faßte sich 1860 in Leipzig nieder. Dort macht er erste politische Erfahrungen mit Liberalen und Demokraten in dem dortigen Arbeiterverein. Er schließt sich dem von Ferdinand Lassalle 1864 mitbegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) nicht an, sondern setzt mit Wilhelm Liebknecht auf eine demokratische Sammlungsbewegung. Als erster Arbeiter, und zwar als Vertreter der sächsischen Volkspartei, zieht Bebel 1867 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag ein. 1869 gründete er gemeinsam mit Liebknecht und ehemaligen ADAV'ern die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eisenach.



August Bebel 1840-1913

Die Opposition der Eisenacher gegenüber dem ADAV unter Lassalle gründete sich u.a. auf die Frage, wie die Schaffung des deutschen Nationalstaates zu erreichen sei. Sie traten der schwankenden Haltung der Lassalle-Vorherrschaft der preussischen Junker unter Bismarck anpöbeln. Bebel und Liebknecht hingegen traten konsequent für den demokratischen und proletarischen Weg ein und bekämpften die geringsten Zugeständnisse an das Preudentum, die Bismarcksche Politik und den Nationalismus.

und „dann“ ablauten, sondern parallel ablauten, aufeinander einwirken, sich gegenseitig beschleunigen oder verzögern, und daß es eben Aufgabe revolutionärer Politik ist, Wirkung und Wechselwirkung fortschrittlicher Prozesse zu beschleunigen.“ Da nutzen sterile Spekulationen, daß die sozialistische Vereinigung der Nationalitäten vorteilhafter ist als eine Abspaltung“ überhaupt nichts. „Im Vergleich zu einer freiwilligen und gleichberechtigten sozialistischen Föderation ist die Losrennung der Ukraine natürlich ein Rückschritt; im Vergleich zur bürokratischen Erdrosselung des ukrainischen Volkes ist sie aber zweifellos ein Fortschritt.“

„Luxemburg, Bucharin, Piatakow und viele andere führten gegen das Programm der nationalen Selbstbestimmung genau dasselbe Argument ein: Treffen: Unter dem Kapitalismus ist es utopisch, unter dem Sozialismus reaktionär. Dieses Argument ist grundfalsch, weil es die Epoche der sozialen Revolution und deren Aufgaben ignoriert. Es ist sicher richtig, daß unter dem Imperialismus eine wirklich dauerhafte und gesicherte Unabhängigkeit der kleinen und mittleren Nationen nicht möglich ist. Es ist auch wahr, daß im vollständig entwickelten Sozialismus, d.h. wenn der Staat bereits im Absinken begriffen ist, die Frage der nationalen Grenzen bedeutungslos wird. Doch zwischen diesen



Auch in Deutschland gibt es eine nationale Frage, an die die Arbeiterbewegung positiv heranzugehen muß.

beiden Situationen - der von heute und dem vollendeten Sozialismus - werden noch Jahrzehnte vergehen, in deren Verlauf wir unser Programm in die Wirklichkeit umsetzen wollen.“ Nur wenn die Arbeiterbewegung der Stimme der unterdrückten Massen einen politischen Ausdruck verleiht, haben nationalstaatliche bürgerliche Demagogen keine Chance und die Dynamik der Bewegung wirkt in fortschrittlicher, gesellschaftsverändernder Richtung.

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist  
„Stimliche Zitate sind aus: Trotzki, Schriften, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Band 12, Hamburg 1988, S. 128-1252.“

sinismus von Bernstein versucht wurde). Bebel schrieb 1903 in der „Neuen Zeit“: „Entscheidend ist, daß die Masse der Parteigenossen die Augen aufhält, daß sie nie vergißt, daß, wieviel Personen immer aus bürgerlichen Kreisen sich der Partei anschließen, die Partei eine proletarische Klassenpartei ist ... daß die Partei zwar die Befreiung der ganzen Menschheit aus Not, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung erstrebt, daß aber dieses Ziel allein auf dem Boden des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das Klassenbewußte Proletariat erreicht werden kann.“

Auf dem SPD-Parteitag 1903 in Dresden sagte er: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, ... bestreiten.“ August Bebel starb am 13. August 1913. Auch wenn er in den letzten zehn Jahren seines Lebens immer mehr die reformistische Praxis der Partei tollerte und so keine vorwärtsstreibende Rolle mehr spielen konnte, mit Bebel's Namen sollen wir seine Verdienste für die Arbeiterbewegung in Erinnerung behalten. Sein Werk „Die Frau und der Sozialismus“ ist auch heute sehr wichtig für jeden, der sich gründlich mit dem Marxismus beschäftigen will. Andreas Paqué, Köln Jungsozialist

## Krise im Ostblock

# KRISE DER BÜROKRATIE

**Der Beginn der politischen Revolution in den Ostblockländern zeigt, daß Arbeiter und Jugendliche nicht länger bereit sind, politische Unterdrückung durch einen bürokratischen Apparat zu erdulden. Doch die Hauptantriebsfeder hinter den sozialen Spannungen liegt in der Unfähigkeit der Bürokratie, die Planwirtschaft mit ihren administrativen Methoden weiterzuentwickeln.**

Abel Awanbegyan, wirtschaftlicher Berater Gorbatshows, stellt in seinem Buch „Ökonomie und Perestrojka“ zur Sowjetunion fest: „Im Zeitraum 1961-85 gab es praktisch kein wirtschaftliches Wachstum.“ Ähnlich sieht es auch in den anderen osteuropäischen Staaten aus. Für die DDR nahmen sowjetische Experten für 1987 „Nullwachstum“ an, obwohl offizielle Zahlen von 4% (Plan 4,5%) Wachstum sprachen! Überall zeigen sich in der Wirtschaft die fatalen Auswirkungen einer undemokratisch geleiteten Planwirtschaft, geführt von untröthbaren Bürokraten.

Bis Ende der 70er Jahre konnten die Ostblockländer im allgemeinen enormen Wachstumszahlen erzielen. Dies spiegelte die Überlegenheit einer verstaatlichten Industrie mit nationalem Produktionsplan wider. Und solange die wirtschaftliche Aufgabe, vor allem in den unterentwickeltesten Ländern, für die Planwirtschaft hauptsächlich darin bestand, eine Schwer- und Grundstoffindustrie aufzubauen, wirkte die undemokratische Planung von oben nach unten nur als relative Fessel für die Entwicklung.

Bei einem geplanten Einsatz der Ressourcen und der Ausdehnung der Industrie als vorrangigem Ziel konnte die Bürokratie noch eine relativ fortschrittliche Rolle einnehmen. Der Anteil der Sowjetunion an der Weltindustrieproduktion wuchs zwischen 1917 und 1970 von 3 auf 20%. In China konnte mit Hilfe der Planwirtschaft die Sicherung der Grundbedürfnisse erreicht werden, während in Indien Hungersnöte immer noch auf der Tagesordnung stehen. Eine solche Entwicklung wäre für diese Länder auf kapitalistischer Grundlage unmöglich gewesen.

### Absolute Fessel

Die DDR übertrug Anfang der 80er Jahre mit ihrem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt Australien, England und Österreich. Dies zeigt, daß in der DDR-Wirtschaft trotz des Produktivitätsrückstands ein großes Potential steckt. Dies kann aber wegen der Ex-

stenz einer parasitären Bürokratie immer weniger genutzt werden.

Die jetzige Wirtschaftskrise dieser Länder ist nicht eine Krise der Planwirtschaft im allgemeinen, sondern die direkte Folge bürokratischer Mißwirtschaft. Bürokratisch-dirigistische Methoden, die früher zumindest kein absolutes Hindernis darstellten, sind heute in einer hochtechnisierten Wirtschaft, in der kleine Fehler durch die komplexe Vernetzung schnell zu großen auszuwachsen, Faktoren, die wie Bremsen wirken. Die Bürokratie ist zu einer absoluten Fessel für die weitere Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft geworden.

Die Krise der Bürokratie führt zu ihrer Spaltung. In fast allen Ländern haben sich „Reformtätler“ durchgesetzt, die versuchen, über marktwirtschaftliche Elemente und beschränkter Mitbestimmung das System zu retten, um die Stellung der gesamten Bürokratie zu sichern.

Gorbatshow benannte die Krankheit, die die Planwirtschaft hat, ziemlich genau: „Unsere Kader sind daran gewöhnt, unter den Bedingungen einer Kommandowirtschaft zu arbeiten. Und jetzt, wo die Umstellung auf Methoden des ökonomischen Wirtschaftens im Gang ist, befinden sich manche im Zustand der Fassungslosigkeit.“ Was er verschweigt, ist, daß Wirtschaftsstrukturen untrennbar mit den sozialen Verhältnissen verknüpft sind. Die Bürokratie ist nicht einfach eine Ansammlung von Menschen, die zu administrativ sind, sondern sie ist eine starke soziale Schicht, eine gesellschaftliche Größe mit eigenständigen Interessen.

Diese herrschende Kaste konnte weder früher noch kann sie heute die aktive, demokratische Einbeziehung der Arbeiterklasse in die Führung von Staat und Wirtschaft zulassen, will sie ihre Privilegien behalten. Die Mängel in der Wirtschaft lassen sich innerhalb des bürokratischen Systems nicht lösen.

„Ein vorgerateter Wirtschaftsplan ist... kein unverrückbares Gebot, sondern ein Entwurf, eine Arbeitshypo-

these, die im Laufe ihrer Realisierung der Prüfung und Überarbeitung bedarf.“ (L. Trotzki) Bislang werden Pläne jedoch weder demokratisch diskutiert noch an den Erfahrungen und Bedürfnissen der Arbeiter/Vertrauensleute angelehnt. Sie werden in starren Vorgaben von Größen und Stückzahlen als „Plankennziffern“ vorgegeben.

### Arbeiterkontrolle nötig

Die Preise, die von oben oft willkürlich festgelegt werden (in der Sowjetunion legt das staatliche Planungsamt die Preise der 24.000 (!) wichtig-

sten Plan mit der wirklichen Wirtschaftslage nicht mehr umgehen kann. Unter diesen Bedingungen sollen die Arbeiter für den Aufbau „ihrer“ Wirtschaft motiviert werden? Da sollen sie den Aufrufen zu mehr Leistung folgen, unter Bedingungen, bei denen man nur noch die Hände sinken lassen kann. „Wir sind es leid, nicht zu wissen, wen wir wofür mästen“, sagte der Sprecher des Streikkomitees in Workuta.

Auch der Rückgriff der Bürokratie auf Marktmechanismen bringt den Arbeitern, wie sich jetzt schon in Po-

„Arbeiterräte“) müssen von den Betrieben ausgehend über Vertretungsorgane auf nationaler Ebene die gesamte Wirtschaft selbst kontrollieren. Gewählte Vertreter der Arbeiter dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen und müssen jederzeit abwählbar sein.

Schon auf der heutigen Grundlage könnte durch massive Arbeitszeitverkürzung die Zeit für die aktive Beteiligung aller an den gesellschaftlichen Entscheidungen freigemacht werden. Der Einsatz der vorhandenen Computer- und Kommunikationstechniken bietet gewaltige Vorteile für die Planung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst. Doch auch eine Arbeiterdemokratie, die das bürokratische Hemmnis beseitigt hat, wird scheitern, wenn sie lange ökonomisch isoliert bleibt. Sie braucht die Anbindung an



Stahlwerk in der DDR: Auf Initiativen von unten wurde bislang nichts gegeben.

sten Waren fest), sind bedingt durch die administrativen Verzerrungen weit davon entfernt, als Werbemaßstab oder Plangröße dienen zu können. Ein Plan kann jedoch nicht auf spekulativen Größen beruhen. In der DDR mußte der Chef der Planungskommission zugeben, daß er wegen falscher Ist-Zahlen von 1989 nicht in der Lage sei, einen Plan für 1990 aufzustellen. Die Bürokratie hat sich schon soweit abgehoben, daß sie auch mit dem ausgeklü-

sten Waren fest), sind bedingt durch die administrativen Verzerrungen weit davon entfernt, als Werbemaßstab oder Plangröße dienen zu können. Ein Plan kann jedoch nicht auf spekulativen Größen beruhen. In der DDR mußte der Chef der Planungskommission zugeben, daß er wegen falscher Ist-Zahlen von 1989 nicht in der Lage sei, einen Plan für 1990 aufzustellen. Die Bürokratie hat sich schon soweit abgehoben, daß sie auch mit dem ausgeklü-

nachten, die als Schweigemarsch stattdessen findet, habe ich den Eindruck, daß viele jugendliche und Aktivistinnen im Neuen Forum wegen der Deutschland-Parolen sprachlos geworden sind und nicht mehr wissen, ob sie sich mit den Montag-Demos identifizieren können. Andererseits gewinne ich die Erfahrung, daß die von mir mitgebrachten VORANs und Broschüren über China reißenden Absatz finden.

Mir fällt auf, daß man als SPD-Mitglied aus der BRD sehr gut aufgenommen wird und viele Industriearbeiter aus dem Leipziger Raum sich mit der SPD identifizieren. Viele fragen mich nach meiner Haltung zur Wiedervereinigung.

Im Dezember fällt mir auf, daß in den Betrieben erst allmählich damit begonnen wird, Betriebsräte aufzubauen. Überall krachen die alten „FDGB“-Strukturen zusammen, aber es herrscht noch eine gewisse Ratlosigkeit darüber, wie man ein neues Vertretungsorgan aufbaut.

Aus ich im Januar wieder in Leipzig bin, berichten mehr Arbeiter aus Großbetrieben darüber, daß jetzt Betriebsräte gegründet werden. Diesmal komme ich nicht alleine, sondern mit anderen VORAN-Unterstützern. Unser aktuelles Flugblatt, das auf sozialistischer Grundlage offensiv an die Frage der deutschen Einheit herantreibt, findet reißenden Absatz.

### Buchbesprechung

## „Die roten Preußen“

„Vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland“ - so lautet der Untertitel des spannend zu lesenden und informativen Buches von Wolfgang Venohr, in dem mit einigen Generationenstieglenden (Ost und West) aufgeräumt wird. Alle Aussagen sind gut durch Dokumente und Statistiken belegt. Auch wenn einige Einschätzungen des Autors - etwa zur Rolle Preußens in der deutschen Geschichte - mit Skepsis zu betrachten sind, wird allerdings für Sozialisten ein Wissenswertes und Verdägliches mitgeteilt.

Minutiös wird die Inszenierung der Spaltung Deutschlands durch die Westalliierten und vor allem die heuchlerische Rolle Adenauers nachgewiesen. In der Westintegration der

die entwickeltesten Wirtschaften der Welt. Die Schaffung einer Arbeiterdemokratie wird auch für die Arbeiter der entwickelten kapitalistischen Ländern ein Vorbild sein. Ziel ist der Sturz der Bürokraten im Osten und der Kapitalisten im Westen. Ziel ist eine weltweite demokratische Planwirtschaft.

Oliver Schulz, Kassel

Jungsozialist

## Besuch im Süden der DDR

# HAB AUF DIE SED-BONZEN

Ein aktiver Jungsozialist besuchte Ende Dezember bzw. Anfang Januar die DDR. Hier seine Eindrücke.

„Deutschland, einig Vaterland“ - diese Worte aus dem Text der DDR-Nationalhymne wurden seit Ende November immer mehr zur Parole der allwöchentlichen Demonstrationen in den Städten der DDR. Doch allein auf westliche Fernsehberichte will ich nicht nicht verlassen. Darum fahre ich Mitte Dezember selbst in den Süden der DDR.

Schon kurz hinter der Grenze fallen mir die zahlreichen schwarz-rot-goldenen Fahnen an Häusern und Betrieben auf. Je näher an der Grenze, desto mehr haben die Arbeiter in der DDR unter der Grenze gelitten.

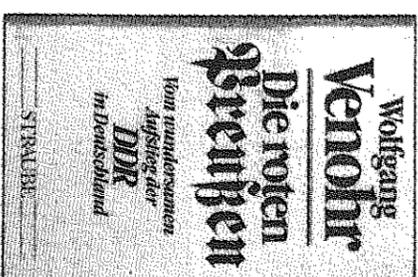
Wo man auch hinkommt: in Kriechen, auf der Straße, wenn man auch tritt - alle reden über Politik. In größeren und auch kleineren Städten sind die Leute stolz drauf, jeden Montag oder jeden Donnerstag auf die „Demom“ zu gehen. Kein „normaler“ Arbeiter bekennt sich noch zur SED. Man SED ausgetreten zu sein, die Wit und der Haß auf die SED-Bonzen findet ihren Ausdruck in der ganzen Fülle der deutschen Sprache. Die Enthüllungen über Korruption und Amtsmissbrauch haben die SED jedenfalls in den Betrieben um ihren letzten Kredit gebracht.

Erst wer einmal im Leipziger Raum gewesen ist, wird verstehen, warum dort die Stimmung unter der Bevölkerung so schlecht ist. Smog gehört dort zum Alltag. Er greift die Häuserfassaden an und senkt die Lebenserwartung um mindestens fünf Jahre. Die Braunkohle-Förderung im Großraum Leipzig hinterläßt eine Mondlandschaft und greift auf nicht wiederguzumachende Weise in das kaum noch vorhandene Gleichgewicht der Natur ein. In den Krankenhäusern fehlt das Nötigste. Viele Altbauwohnungen verfallen. Die meisten Betriebe sind hoffnungslos veraltet - wie ein vergammeltes Industriemuseum. All dies - und das Gefühl, daß sich vielleicht doch nichts wirklich ändert, bringt viele zu der Schuldfolterung: Uns kann nur die Bundesrepublik aus dem Schlammassel ziehen.

### SPD kommt gut an

Die Arbeiter, die mit Deutschland-Fahnen auf Demos ziehen, sind gewiß keine großstädtischen Nationalisten. Sie trauen sich selbst und der Opposition (noch) nicht zu, die Lage zu verbessern und erhoffen von einer Vereinigung mit der BRD eine rasche Veränderung. „Wenn nach dem 6. Mai die SED immer noch dran ist und sich nichts verändert, dann gehe ich in den Westen.“

Bei der letzten Demo vor Weih-



Schwächen und Stärken beschrieben. Gut recherchierte Zahlen und Fakten zeigen, welche Entwicklungsmöglichkeiten eine demokratisch geplante Wirtschaft bieten könnte.

Die Lektüre dieses Buches ist ganz sicher ein wertvoller Beitrag für jeden, der die momentanen Geschehnisse in der DDR verstehen will.

Wolfgang Venohr: „Die roten Preußen - Vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland“, Erlangen, 1989 (Straube), ca. 35 DM

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist

# Perspektiven für die BRD 1990 - Aufschwung für die SPD?

Das Jahr '90 wird eine zunehmende Polarisierung der Bevölkerung in der BRD mit sich bringen. Vier Landtagswahlen, zwei Kommunalwahlen und die Bundestagswahl im Dezember werden für ständigen Diskussionsstoff in den Betrieben, der Schule und in den Familien sorgen. Die Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie kann zu einer ähnlichen Polarisierung führen wie 1984. Über allem stehen die revolutionären Entwicklungen in der DDR, die bei weiterem Fortschreiten dramatische Auswirkungen auf die BRD haben können.

1989 hielt der Aufschwung in den entwickelten kapitalistischen Ländern an. Die BRD z.B. erreichte sogar mit 4% den größten Zuwachs beim Brutto sozialprodukt seit 1979. Zwar gehen auch die Kapitalisten und ihre Stratege davon aus, daß es mit dem Aufschwung demnächst zu Ende sein wird, aber es ist zur Zeit noch möglich, daß ihnen eine „weiche Landung“ gelingt, d.h. ein relativ kontrolliertes Abgleiten in die Rezession. Doch wird diese Rezession noch schlimmere Auswirkungen als die letzte von 1980-82 haben, vor allem was Firmenkrisen und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit betrifft.

Es ist jedenfalls nicht wahrscheinlich (wenn auch nicht ausgeschlossen), daß 1990 ein plötzlicher Konjunkturbbruch stattfindet, der einen Schock bei der Arbeiterklasse und eine grundlegende Desillusionierung über das kapitalistische Wirtschaftssystem mit sich bringen könnte. Viele Arbeiter und Jugendliche in der BRD sind unzufrieden über ihre Situation, aber sie sehen noch keine Alternative zum Kapitalismus, v.a. auch wegen der Krise der Bürokraten in den Ländern Osteuropas. Die Unternehmer und ihre Politiker in der Koalition nutzen es na-

Die SPD-Regierung? Die Sozialdemokratie könnte 1990 zur entscheidenden Kraft in beiden deutschen Staaten werden. Unter diesen Umständen ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die entscheidenden Teile der westdeutschen Unternehmer auf eine SPD-geführte Bundesregierung auf die sie Druck ausüben, eher in Kauf zu nehmen bereit sind, als sich vor einer unberechenbaren SPD in der Opposition fürchten zu müssen. Die Frage, die die SPD-Führung entscheiden müßte, wenn sie in der DDR und in der BRD die Regierung stellen würde, lautet: Mobilisierung der Massen mit Ziel der Errichtung eines demokratischen Sozialismus in ganz Deutschland oder Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Die Unternehmer könnten glauben, daß sie so viel Einfluß ausüben können, daß letzteres geschieht. Und zur Zeit will das Kapital Stabilität, auch in der DDR.

Es ist sehr schwer, den Grad der Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung zu bestimmen, doch würden wir uns nicht, wenn bei weiterem Fortschreiten der Revolution in der DDR und einer stürmischen Aufwärtsentwicklung der SPD z.B. die FDP unter irgendeinem fälschlichen Grund (z.B. Anerkennung der polnischen Westgrenze) zur SPD wechselt. Es gibt einige Varianten einer Regierungsübernahme.

In dem Fall, daß die Bewegung in der DDR stagniert und die SPD lähm und konturlos wirkt, ist bei weiterem

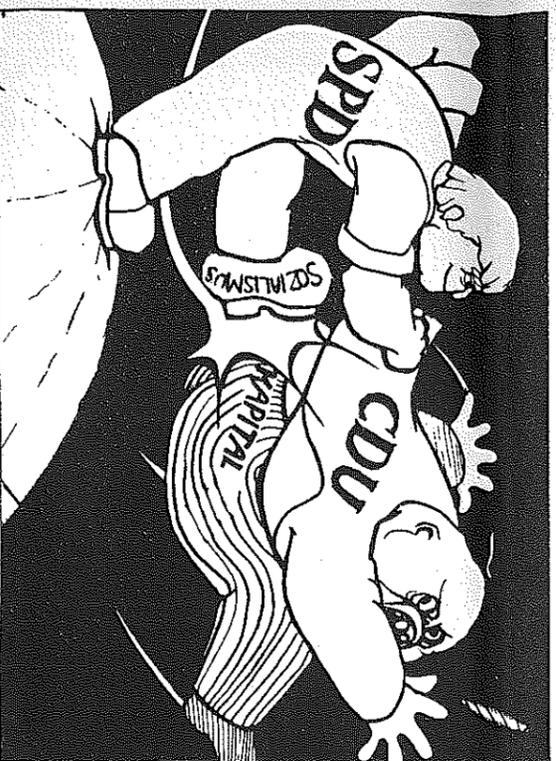
die günstigste, aber nicht wahrscheinlichste Entwicklungsmöglichkeit. Doch entscheidende Schritte der Arbeiter in der DDR nach vorne zum Sturz der Bürokratie und zum Aufbau eigener, unabhängiger Organisationen werden in der BRD in jedem Fall als positives Beispiel aufgenommen.

Viel hängt also auch davon ab, ob die Oppositionsbewegung der DDR Perspektiven für den Kampf aufzeigt. Die meisten Arbeiter der DDR gehen davon aus, daß der Sturz der SED und eine rasche Wiedervereinigung die Basis für die Lösung ihrer Probleme ist. Sehen sie keine realen Schritte in diesen Fragen, kann es im Sommer zu einem Übersiedlerzustrom kommen. Die Volkskammerwahl am 6. Mai kann für viele DDR-Bürger der „Stichtag“ sein, an dem sie die Entscheidung treffen, ob sie noch weiter in der DDR kämpfen wollen.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor wird sein, welche Resonanz die SPD bei den Arbeitern in der DDR haben wird. Die SPD ist die traditionelle Partei der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Die mögliche Entwicklung der SPD zur Massenpartei in der DDR könnte zu einem ungeahnten Stimmungsumschwung zugunsten der SPD in der BRD führen, die ihre zu lasche Oppositionspolitik der letzten Monate und Jahre vergessen machen ließe. Ob dies geschieht, hängt davon ab, ob die SPD-Führungen in der BRD und der DDR (die ihre Politik ja miteinander abstimmen) in der DDR verstärkt in die Offensive gehen.

Übersiedlerzustrom damit zu rechnen, daß in manchen Schichten der Arbeiterklasse in der BRD sich noch verstärkt Stimmungen gegen Übersiedler breitmachen, denen die „Schuld“ für Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot in die Schuhe geschoben wird. Die Reps könnten noch weitere und noch größere Wahlerfolge erzielen.

Die SPD-Spitze stellt nicht entschieden genug die gemeinsamen Interessen der deutschen und ausländischen Arbeiter und zwischen BRD-Bürgern und Übersiedlern in den Vordergrund. Die Vorschläge Oskar Lafontaine weisen in die falsche Richtung. Unter diesen Gesichtspunkten sind 1990 auch Entwicklungen in der BRD möglich, die zwar Verluste an Stimmen und Ansichten der CDU mit sich bringen, wovon aber nicht die SPD, sondern z.B. die Reps profitieren würden. Trauriger Höhepunkt wäre dann ein „CDU-Wahlsieg“, d.h. eine SPD-Wahlhinderlage bei der Bundestagswahl. Es ist jedoch ganz falsch, ein solches Ergebnis zum jetzigen Zeitpunkt als wahrscheinlich anzusehen.



türlich in ihrer Propaganda gegen die Arbeiter, daß etwas, was sich „Sozialismus“ nannte, eindeutig gescheitert ist.

## Wut über unsoziale Politik

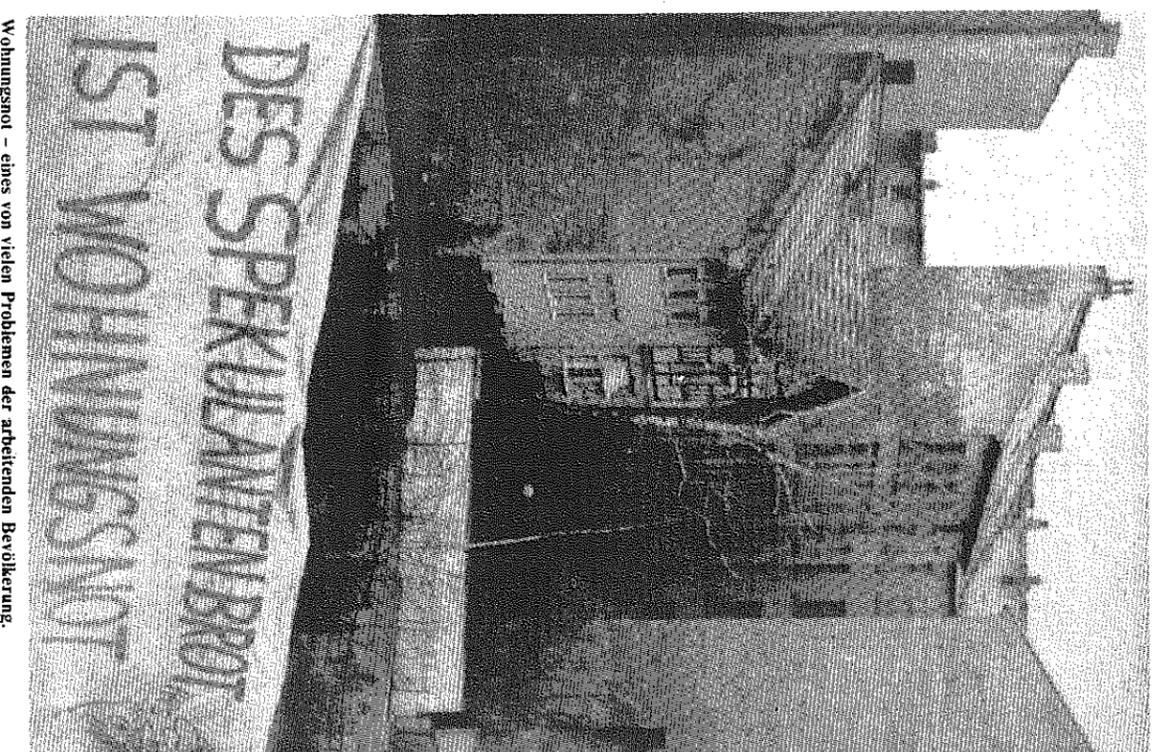
Dennoch gibt es bei sehr vielen Arbeitern, Jugendlichen und Rentnern eine tief sitzende Wut über die Kürzungspolitik der vergangenen Jahre und die zum Himmel schreitenden Un-

teresse der deutschen und ausländischen Arbeiter und zwischen BRD-Bürgern und Übersiedlern in den Vordergrund. Die Vorschläge Oskar Lafontaine weisen in die falsche Richtung. Unter diesen Gesichtspunkten sind 1990 auch Entwicklungen in der BRD möglich, die zwar Verluste an Stimmen und Ansichten der CDU mit sich bringen, wovon aber nicht die SPD, sondern z.B. die Reps profitieren würden. Trauriger Höhepunkt wäre dann ein „CDU-Wahlsieg“, d.h. eine SPD-Wahlhinderlage bei der Bundestagswahl. Es ist jedoch ganz falsch, ein solches Ergebnis zum jetzigen Zeitpunkt als wahrscheinlich anzusehen.

Die SPD-Führung, die die Entwicklung in der BRD bestimmen werden, nämlich die Entwicklungen in der DDR und die Politik der SPD-Regierung? Die Sozialdemokratie könnte 1990 zur entscheidenden Kraft in beiden deutschen Staaten werden. Unter diesen Umständen ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die entscheidenden Teile der westdeutschen Unternehmer auf eine SPD-geführte Bundesregierung auf die sie Druck ausüben, eher in Kauf zu nehmen bereit sind, als sich vor einer unberechenbaren SPD in der Opposition fürchten zu müssen. Die Frage, die die SPD-Führung entscheiden müßte, wenn sie in der DDR und in der BRD die Regierung stellen würde, lautet: Mobilisierung der Massen mit Ziel der Errichtung eines demokratischen Sozialismus in ganz Deutschland oder Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Die Unternehmer könnten glauben, daß sie so viel Einfluß ausüben können, daß letzteres geschieht. Und zur Zeit will das Kapital Stabilität, auch in der DDR.

Es ist sehr schwer, den Grad der Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung zu bestimmen, doch würden wir uns nicht, wenn bei weiterem Fortschreiten der Revolution in der DDR und einer stürmischen Aufwärtsentwicklung der SPD z.B. die FDP unter irgendeinem fälschlichen Grund (z.B. Anerkennung der polnischen Westgrenze) zur SPD wechselt. Es gibt einige Varianten einer Regierungsübernahme.

In dem Fall, daß die Bewegung in der DDR stagniert und die SPD lähm und konturlos wirkt, ist bei weiterem



Wohnungsnot - eines von vielen Problemen der arbeitenden Bevölkerung.

trauen der Arbeiter hier stärken würden. Viel hängt jetzt von der SPD-Führung ab, ob die großen Chancen, die die Arbeiterbewegung 1990 hat, auch genutzt werden und die Kohl-Regierung das Jahr nicht überlebt. Am Ende des Jahres könnte die SPD in ganz Deutschland eine Schlüsselrolle spielen. Von der Stärke der Marxisten in der SPD hinge es ab, ob diese große Errungenschaft der Arbeiterklasse nicht durch eine falsche Politik der SPD-Führung verfehlt würde. (17.1.1990)

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

## Kongreß „Sozialismus heute“ Bekennnis zum Reformismus

„Es mehrten sich die Stimmen: Der Kapitalismus habe gesiegt, der Sozialismus sei am Ende. Wir behaupten: Das ‚Projekt Sozialismus‘ steht erst am Anfang!“ So beginnt die Einladung zu dem Kongreß „Sozialismus heute“, der Mitte Dezember in Köln stattfindet. Hauptveranstalter war der „Hannoveraner Kreis“ (HK), der im Juso-Verband die Mehrheit stellt und als „marxistischer Flügel“ der Jusos gilt. Außerdem waren u.a. Steffen Lehnendorff als Vertreter der bisherigen DKP-Erneuerer und Detlev Albers als prominenter SPD-Linker anwesend.

Der Beginn der politischen Revolution in Osteuropa und besonders in der DDR hat zu einer sehr oberflächlichen Wende in den Positionen des HK zu den Ostblockstaaten geführt. Es ist zu begrüßen, daß Kritik an den stalinistischen Bürokraten nicht mehr als „antikommunistisch“ abgetan wird und revolutionäre Massenbewegungen nicht mehr als „konterrevolutionär“ bezeichnet werden. Aber weiter-

hin steht der HK diese Länder als „sozialistisch“ an, und vor allem hält er an der altbekannten „Kritisch-solidarischen“ Haltung zu den Herrschenden fest. Wie ein roter Faden zog sich die Anerkennung der SED als „demokratisch-sozialistische“ Kraft durch den Kongreß - „Wendehalbspolitik“ leidet auch im Juso-Verband.

Eine Konsequenz aus dieser Haltung ist der Kampf gegen die Vereini-

gung von BRD und DDR und für die Verteidigung der „Zweistaatlichkeit“.

Die Stabilität in Europa soll gewahrt bleiben - auf der Grundlage der bisherigen Herrschaftsverhältnisse. Im Diskussionsforum zum „Gemeinsamen Haas Europa“ wurde diese Position zu ihrer logischen Schlußfolgerung gebracht: NATO und Warschauer Pakt müßten von der Linken verteidigt werden, um den Status quo in Europa zu erhalten und den Aufbau einer neuen „Friedensordnung“ zu ermöglichen. Dieser modische Begriff meint offenbar den Frieden der Herrschenden.

## Reformismus

Auch hinter dem Begriff „Moderner Sozialismus“ versteckt sich im Grunde eine Abkehr vom Marxismus und von

der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus. Die Hinwendung zum Reformismus, d.h. zur Perspektive vom „sozialen und ökologischen Umbau des Kapitalismus“ macht Uwe Kremer, ein führender Theoretiker in einer modernen sozialistischen Konzeption auch der Gegensatz(nicht der Unterschied!) zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus auflöst. Der Reformismus ... ist eine unverzichtbare Methode der Annäherung an den Sozialismus geworden.“ (aus dem Kongreß-Reader, S. 37)

In der Debatte zur „Re-Formierung der Linken“ zeigten die Kongreßveranstalter, daß sie nicht gerade einen offensiven Ansatz vertreten. VORAN ruft alle Mitglieder der zusammenbr-

chenden DKP und alle, die sich als Sozialisten verstehen, auf, in die SPD einzutreten, um den linken Flügel zu stärken und in der Partei für ein sozialistisches Programm zu kämpfen.

Dagegen wurde in der Kongreßdebatte zur „Re-Formierung der Linken“ die Schaffung einer Plattform für Sozialisten in der SPD, bei den Grünen und für ehemalige DKP-Mitglieder propagiert, die dann auf eine „rot-grüne“ Reformpolitik orientieren soll. Die Ereignisse im Ostblock und vor allem in der DDR haben den HK schwer getroffen. Es besteht leider die Möglichkeit, daß die offen reformistische Strömung bei den Jusos (die „undogmatischen“ Reformsozialisten um die Zeitschrift „Sozialistische Praxis“) aus dieser Schwächung des HK und seiner defensiven Haltung profitiert. Die Verbreitung der Ideen von VORAN im Jusoverband ist dringlicher denn je.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

## Nebenjob im Einzelhandel

# Schulur mit dieser Duren Ausbeutung!

Da heute die meisten Schlierinnen und Schlier nicht das große Geld zur Verfügung haben, um sich ihre Hobbies, Freizeit- und Kulturangebote und vielleicht auch kleine Extrawünsche zu finanzieren, müssen nicht wenige zusätzliche Teilzeitsjobs annehmen, um so an das Extratatschengeld zu kommen. In der gleichen Situation war ich mit 16 Jahren auch, und über eine Freundin bekam ich dann einen Job in einem Aachener Schuhgeschäft.

Die Bedingung war, mindestens zwei Nachmittage pro Woche und den langen Samstag zu arbeiten. Das Gehalt betrug 6 DM pro Stunde.

Als Schlierin muß man hauptsächlich Lagerarbeiten ausführen, wie z.B. Schuhe auspacken, auszeichnen, in die Lager einsortieren etc. Diese Arbeit fand in stickigen und staubigen Kellern statt, deren Belüftung ziemlich schlecht war. Die andere Arbeit, die nur die Schlierinnen ausführen, war die „Bewachung“ der am Eingang be-

kommen. Ein früherer Personalleiter hatte sogar verlangt, daß man sich ganz nach draußen stelle.

Die Arbeit war stupide und meistens anstrengend und die Arbeitsbedingungen waren, wie meine Beschreibung hoffentlich gezeigt hat, auch ziemlich mies. Dazu kam noch, daß unsere Personalchefin ihre schlechte Laune besonders an Schlierinnen ausließ und die verschiedenen Arbeiten je nach Beliebigkeit verteilt wurden.

### Unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit

Die Bezahlung von 6 DM ist für mich pure Ausbeutung. Die absolute Unverschämtheit war aber, daß wir damit 4 DM weniger bekamen, als die in dem Geschäft arbeitenden Studentinnen, die im Grunde genau dieselbe Arbeit machten wie wir. Wobei ich der Meinung bin, daß auch 10 DM angesichts der Gewinne, die dieser Laden mit Sicherheit macht, zuwenig sind.

Die fest angestellten Verkäuferinnen bekamen für jedes verkaufte Paar Schuhe eine Provision. Wenn wir aber am Rundständer waren oder auch mal im Laden ausstaffen und dort natürlich auch Schuhe verkaufen, bekamen wir keinen Pfennig zusätzlich.

Ich habe dann irgendwann aufgehört, dort zu arbeiten, zum einen, weil ich durch den Abi-Streik keine Zeit mehr hatte, zum anderen aber auch, weil ich keine Lust mehr hatte, mich weiterhin so ausnehmen zu lassen, und die Hierarchie in dem Laden so auf die Nerven ging.

findlichen Rundständer, wo man auch Kunden bediente.

Im Gegensatz zum Keller stand man dort fast im Freien, was besonders im Winter äußerst unangenehm war, und nicht selten habe ich nach solchen Nachmittagen eine Erkältung



Schon gewerkschaftlich organisiert?

## Göttingen Polizei vertuscht Mord- versuch und tut nichts

Nach der Demonstration am Abend des 26. November 1989 wurde Sebastian B. ohne offensichtlichen Grund brutal niedergestochen - Vermutlich von einem Nazi-Skinhead.

Er kam mit einem Freund vom Bahnhof und unterhielt sich mit ihm über die eben stattgefundene Demo, als sie an der Ampel Ecke Berliner Straße/Godehardstraße einen Skinhead bemerkten. Der schnitt Grimassen, wurde aber von Sebastian und seinem Freund nicht beachtet. Als die Provokation nichts fruchtete, ging er weiter. Nach ca. 20 Metern drehte er sich um. Da Sebastians seinen Blicken „frechweise“ standhielt, statt verächtlich auf den Boden zu blicken, kam der mit einer Hand auf dem Rücken zurück und fragte: „Habt Ihr was vor?“ Auf Sebastians Antwort: „Wir haben nichts vor“ stieß der Skinhead blitzschnell und brutal mit einem Messer zu. Er zeretzte die Milz (sie mußte entfernt werden) und verletzte die Lunge von Sebastian.

Sebastian und sein Freund rannten über die Kreuzung, wo drei Mannschaftswagen der Polizei standen. Die Polizei rief den Notarzt. Statt dem Täter mit einem Mannschaftswagen zu folgen, nahm sie die Personalwagen von Sebastians Freund auf. Erst dann schickte die Polizei dem Täter 3-5 Beamten zu Fuß hinterher.

### Totgeschwiegen

Auf eine Anfrage am Dienstag (28.11.), ob man den Täter durch eine Fotokartei identifizieren könne, wurde gesagt, man solle doch auf eine Vorladung warten, dann könne man

weitersehen. Tatsächlich wurde auch während der Vorladung, die erst am Freitag (1.12.) erfolgte, eine Einsicht in die Karteikarten schroff abgelehnt.

Es hätte doch eh keinen Sinn und ihm, dem zuständigen Polizeibeamten, sei bei der Durchsicht der Kartei kein einziger Mann mit kurzen blonden Haaren aufgefallen. Zudem bestche kein Anlaß zu vermuten, daß der Täter politisch motiviert sei. Bastiat!

Doch das Verhalten des vernehmenden Polizeibeamten wurde immer suspekter: Selbst wenn Sebastians Freund die Kartei einsehen dürfte, wisse er denn, ob der Täter nicht gefärbte Haare hatte oder auf dem Kartelfoto lange Haare trägt? Eine Zeichnung anzuzutragen hätte auch keinen Sinn, das nur 48 Stunden nach der Tat sinnvoll sei und nach der Demo hätte man keine Zeit gehabt.

Während jeder Kaugummiautomatenbruch gleich der Presse weitergegeben wird, wurde die Tatsache, daß fast wieder ein Menschenleben verlorengegangen wäre, völlig verschwiegen. Auf eine Anfrage bei der Polizei antwortete der Beamte: „Wir hatten so viel, daß uns der Fall nicht wichtig genug war.“ Zynischer geht es kaum! Die Polizei ist auf dem „rechten“ Auge blind!

Wir fordern sofortige Publikation des Mordversuchs an Sebastians und intensive Ermittlungen der Polizei. Auf die Polizei können wir uns nicht einfach verlassen. SPD und Gewerkschaften in Göttingen sollen öffentlich Druck machen.

Christian Kömer, Göttingen  
Jungsozialist

Schlierinnen und Schlier oft sogar ohne Arbeitsvertrag eingestellt werden und zu solchen Hungerlöhnen arbeiten müssen, denn sie brauchen das Geld.

Wir werden nicht eingestellt, weil die Unternehmer so überaus sozial sind und den lieben Kindern zu ein bisschen mehr Taschengeld verhelfen wollen, sondern weil wir einmal besonders billige und willige Arbeitskräfte sind und weil sie es so geschickt umgehen können, mehr Leute fest einzustellen, um dann auch noch Sozialabgaben bezahlen zu müssen.

### Gewerkschaften und SPD können etwas tun

Außerdem dienen diese Methoden wie unterschiedliche Bezahlung, Provision für die einen, für anderen nicht usw. dazu, die Belegschaft eines Betriebes zu spalten und gegeneinander auszuspielen und somit zu verhindern,



daß sie geschlossen für Verbesserungen kämpfen.

Ich bin der Meinung, daß besonders im Einzelhandel die Gewerkschaften unbedingt aktiver werden müssen, denn gerade hier gibt es noch viel zu wenig gewerkschaftliche Organisation der Angestellten. Solche Ungerechtigkeiten können nur beseitigt und neue Forderungen nur durchgesetzt werden, wenn die ganze Belegschaft und die Gewerkschaft gemeinsam kämpfen.

Eine andere Sache ist, daß Schlierinnen und Schlier heute überhaupt neben der Schule noch arbeiten müssen. Dies führt zu noch mehr Streß und so oft zur Verschlechterung der Schulleistungen. Ich meine deshalb, daß ein darlehensfreies Schülerbafög, unabhängig von dem Verdienst der Eltern, auf jeden Fall eingeführt werden müßte und daß diese Forderung besonders auch von der SPD unterstützt und durchgesetzt werden sollte. Unter solchen Umständen würde es auch den Unternehmen sehr schwer fallen, ihre Methoden wie „Teile und Herrsche“ und die Ausnutzung der Situation von Schülern weiter in dem Maße anzuwenden.

Miriam Wegener, Aachen  
Jungsozialistin

## Ungeschützte Arbeit Wer nicht spurt, fliegt raus!

Viele Arbeiter sehen in ihrer finanziellen Misere keine andere Lösung mehr und nehmen einen zweiten sogenannten 450-DM-Job an. Hier zahlen sie zwar keine Steuern, sind aber sonst weitgehend ungeschützt und haben kaum Anrecht auf soziale Leistungen.

Holger ist Facharbeiter im Bayerwerk. Er fängt morgens um sechs mit der Frühschicht an und hat um zwei Uhr Schichtende. Nach Hause zu seiner Familie kann er aber noch lange nicht gehen. Erst muß er noch zu seiner Paketirma, um dort für 9,56 DM Stundenlohn Pakete zu schleppen. Ohne die 430 DM, die er hier für 45 Stunden Maloche monatlich bekommt, könnte er seine Familie nicht ernähren.

„Früher bin ich mit meiner Frau und meinen vier Kindern gerade so klar gekommen. Doch die steigenden Preise und vor allem die immer höher werdende Miete machen sich ständig mehr bemerkbar. Dabei haben die Kinder nicht mal alle ihr eigenes Zimmer und im Urlaub waren wir auch schon seit sieben Jahren nicht mehr.“ Holger ist jedoch nur ein Beispiel. Immer häufiger müssen Menschen neben ihrem Hauptberuf noch eine „Ne-

ber“-beschäftigung annehmen, um sich und ihre Familie über Wasser halten zu können. Sozialversichert sind sie bei dieser Nebenbeschäftigung nicht. Wird eine Mitarbeiterin schwanger, kann sie von heute auf morgen gekündigt werden. Erleidet jemand einen Betriebsunfall (und die Sicherheitsvorkehrungen sind oft mangelhaft), so ist er nur zum Teil Krankenversichert. Auch auf die Rentenversicherung wird nichts eingezahlt. Die Betriebe dagegen sind fein aus dem Schneider. Sie gehen keine Verpflichtungen ein und haben durch die gesparten Sozialleistungen goldene Gewinne.

Immer mehr Betriebe basieren auf Nebenbeschäftigungskräften. Das Rezept ist einfach: Einige gut ausgesuchte Leute überwachen den Laden und der Rest schuftet für einen Hungerlohn. Wer nicht spurt, fliegt raus. Sozial schwache Gruppen sind die Leidtragenden. Ausländer, Arbeitslose, gerade in diesen Monaten viele Ostdeutsche, aber auch Studenten, welche kein BAFöG bekommen, oder deren gesamtes BAFöG für die Miete drauf geht, müssen unter geradezu verwerkschaftlichen Bedingungen arbeiten.

## Wommen in der Abstellkammer

1989: Zufriedene Gesichter besonders bei allen Mietahaien und Spekulantten. Lange Schlangen vor den Wohnungsmänteln lösen in ihren Köpfen regelmäßig neue Mietpreiskalkulationen aus.

Allein der '89 neu gewählte rot-grüne Senat in Berlin schien zu bedenken, daß unsere Marktwirtschaft auch noch sozial sein solle. Nicht, daß jetzt rigoros gegen die Kaputbesitzer und Schicksanakter vorgegangen worden wäre, um der Wohnungsnot Herr zu werden. Um es allen Berlinern recht zu machen (Wohnungssuchenden und



Viele Frauen in den Reinigungsdiensten leisten ungeschützte Arbeit.

ten. Gebilligt und unterstützt wird dies ständig größer werdende Beschäftigungssystem von der Bundesregierung.

Es gibt ein Leben vor der Rente. Schluß mit dem Trotz: Arbeiten - Schlafen - Arbeiten - Schlafen. Schluß mit der Formel: Immer weniger Reallohn bei immer größerem Sozialabbau. Wir brauchen gewerkschaftliche Organisierung in jedem Betrieb! Volle Sozialleistungen für jeden Arbeiter! Die Unternehmer müssen die Sozialabgaben bezahlen! Runter mit den hohen Mieten! Ein garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle, damit Nebenbeschäftigungen nicht mehr nötig sind! Das erhöht den Lebensstandard.

Roland Leroy, Krefeld  
Jungsozialist

genug Platz wäre für Tisch und Bett.“ Das Ganze unter dem Titel „Untervermierten hilft - Heilen macht Spaß“ soll heißen: Wer jetzt noch nicht begriffen hat, daß man durch Vermietung von Garagen, Dachkammern und Kellerlöchern das große Geld machen kann, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen!

Der Berliner Senat sollte von einer solchen Politik Abstand nehmen und mit Unterstützung einfacher Mieter und Wohnungssuchender den Kampf gegen die Spekulantten und großen Eigentümer aufnehmen.

Georg Kimmel, Aachen  
Jungsozialist

# Zum SPD-Programm

Vorschläge Lafontaines

## „Soziale Gerechtigkeit“ durch Zusammenarbeit mit dem Kapital?

Das auf dem Parteitag im Dezember 1989 beschlossene „Berliner Programm“ löst nach 30 Jahren das Codesberger Programm ab. Im Vordergrund der Diskussion auf dem Partitag stand jedoch der künftige deutschlandpolitische Kurs, in dessen Rahmen eine „Berliner Erklärung“ verabschiedet wurde, die sich für eine Kontöderation bei bestehenden Militärbündnissen ausspricht und letztendlich eine bundesstaatliche Einheit anstrebt.

Herausragender Redner neben Willy Brandt war der mußmaßliche Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine, unter dessen Leitung das Berliner Programm und „Fortschritt 90“, das künftige Regierungsprogramm, ausgearbeitet wurden. Er sagte, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die Lebensverhältnisse der Menschen in der BRD und der DDR zu verbessern, während die Frage zweitrangig sei, in welcher „Rechtskonstruktion“ sie eines Tages leben werden, denn „soziale Gerechtigkeit ist wichtiger als Einheit“.

Doch wie können wir „soziale Gerechtigkeit“ erreichen? Unsere Gesellschaft basiert auf dem Gegensatz von Lohnabhängigen und Unternehmern, d.h. der Ausbeutung der Arbeiter zugunsten der Unternehmer, auf elementarer sozialer Ungerechtigkeit, also, Diese Ungerechtigkeit tritt jetzt immer deutlicher zutage.

Von 1982 bis 1989 sind die realen Nettogewinne am teuren Industriestandort BRD um 106 Prozent gestiegen, mit einem Handelsüberschuß von 128 Mrd. DM (1988) ist die Bundesrepublik Exportweltmeister.“ (Vorwärts,

1/90) Im gleichen Zeitraum stagnierten die Löhne. Die Produktion wurde gesteigert, ohne daß die Massenarbeitslosigkeit sank. Der jetzige Aufschwung wird mit den Knochen und Nerven der Arbeiter bezahlt, ganz zu schweigen von der zunehmenden Ausbeutung der „3. Welt“. Der erste Schritt in Richtung soziale Gerechtigkeit ist eine Kampfansage an die Kapitalisten mit dem Ziel der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

### Wie die Lebensverhältnisse verbessern?

Lafontaine machte allerdings schon eine Woche vor Beginn des Partitages einen anderen Vorschlag: Um die beiden deutschen Staaten nicht zu überlasten, sollte ein altes Gesetz aus der Zeit Adenauers zur Zuzugbegrenzung von DDR-Übersiedlern zu neuer Blüte gelangen. Kommen wir damit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in Ost und West oder gar sozialer Gerechtigkeit einen Schritt näher?

Kristenfalls, denn nicht die Ausländer, Aus- und Übersiedler sind an den

teilweise katastrophalen sozialen Verhältnissen, Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot schuld, sondern die Profitinteressen der Unternehmer und die Politik ihrer Regierung. Ein ummassendes Sozialprogramm läßt sich schwer verwirklichen, wenn die Maßnahmen in dem Rahmen bleiben sollen, den die Kapitalisten vorgeben. Schon jetzt stehen viele Städte und Kommunen vor dem Bankrott. In nicht wenigen Städten und Bundesländern wird leider auch unter Beteiligung der SPD Sozialabbau betrieben. Unter diesen Rahmenbedingungen muß sich die SPD darauf vorbereiten, daß um Verbesserungen zu erreichen Unternehmerinteressen überwinden werden müssen.

Lafontaines Ablehnungspropaganda gegen Übersiedler ist nur schädlich. Die Einsparungen der von Lafontaine als „ungerecht“ bezeichneten Zahlungen des Saarlandes an Übersiedler belaufen sich auf lächerliche 300.000 DM!!!

### Offensives Programm nötig

Soziale Errungenschaften können erreicht werden, wenn die Arbeiter dafür mobilisiert werden und auf Kapitalinteressen keine Rücksicht genommen wird. Leider machte Lafontaine dies nicht zum zentralen Thema seiner Rede. In diesem Sinne diskutierte der Partitag zu wenig über praktische Maßnahmen, über die Perspektiven für das Jahr 1990 und über die Bedingungen einer SPD-Regierungsübernahme.

Auch das Programm „Fortschritt 90“ setzt eher auf die Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Viele einzelne Reformvorhaben, für die auch Lafontaine streiten will, können genau an dieser Illusion scheitern.

Die Erfolge“ gesehen. Aus dem Sozialabbau gegen Ende der sozialliberalen Koalition und dem daraus folgenden Regierungsverlust werden keine Schlußfolgerungen gezogen. Ohne die Ursachen zu untersuchen, werden die großen wie die kleinen Niederlagen der Arbeiterbewegung leichtfertig abgehandelt und es besteht die Gefahr, daß morgen dieselben Fehler wiederholt werden.

### Klassenanalyse nötig

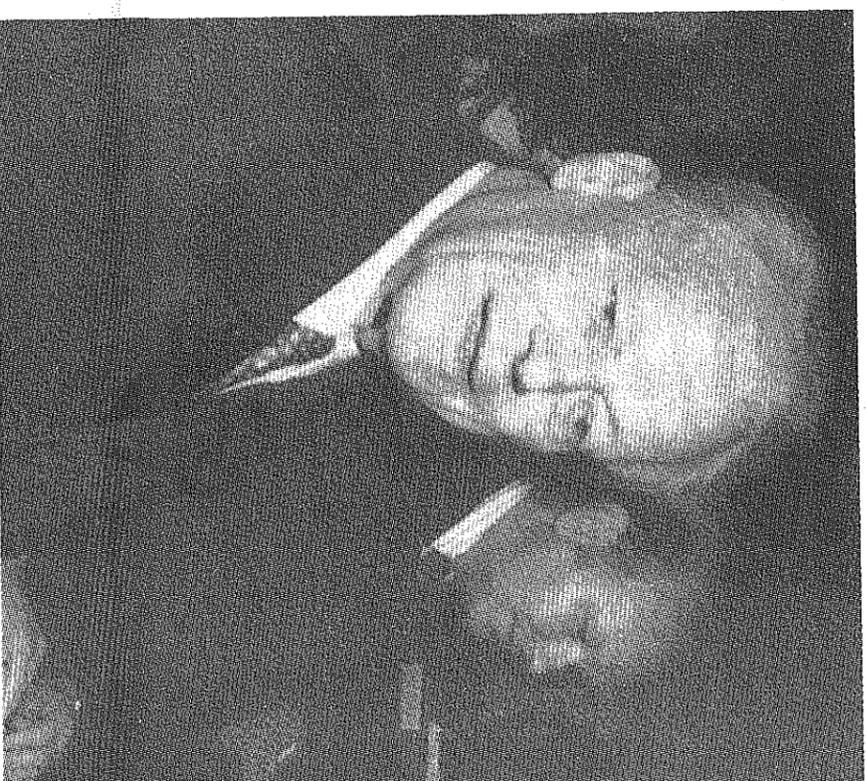
Der Kampf gegen den Krieg war stets eine zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung. Im neuen Programm wird an die Frage zu idealistisch herangegangen; es vertraut auf die Vernunft der Herrschenden. Beide Weltkriege sind letztendlich aus dem Zwist der kapitalistischen Klassen untereinander um die

Die SPD sollte mit einem offensiven Programm in die Wahlkämpfe in diesem Jahr ziehen, mit dem erklärten Ziel einer absoluten Mehrheit bei allen Wahlen. Die SPD-Spitze mit Lafontaine sollte keinen Gedanken an eine eventuelle SPD/FDP-Koalition oder an künftige Kürzungspolitik verschwenden, sondern ein offensives Reformprogramm entwickeln, das über „Fortschritt 90“ hinausgehen muß.

Dabei nutzen die Entwicklungen in der DDR eher der SPD. Zum ersten Mal besteht jetzt dort die Möglichkeit,

durch den Sturz der bürokratischen Klasse eine Arbeiterdemokratie aufzubauen. Sollte dies gelingen, wird auch der Kapitalismus hier in seinen Grundrissen erschüttert, denn eine wirkliche sozialistische Demokratie wird ein leuchtendes Vorbild. Die SPD kann der Bewegung der Arbeiter in der DDR zum Sieg verhelfen und das positive Beispiel in der BRD nutzen, um hier das Kapital zu entmachten.

Wibke Möbius, Göttingen  
Jungsozialistin



Angesichts seiner Populärität kandidiert Willi Brandt wieder zum nächsten Bundestag.

terbewegung verhindern könnten.

Auch heute gilt, daß die Ursache für Kriege nicht die Existenz von Waffen oder der Größenwahn von einzelnen Verrückten ist, sondern aus den materiellen Interessen der herrschenden Klasse entsteht. Moralische Reden über Völkerverständigung ändern daran gar nichts. Das Abschließen internationaler Verträge, Konventionen oder die Schaffung bürokratischer Institutionen haben noch nie Kriege oder Angriffe auf die Arbeiterklasse verhindert.

### Rolle des bürgerlichen Staates

In unserer Klassengesellschaft hat der Staat die Aufgabe, „Ruhe und Ordnung“ aufrecht, also den Zustand zu erhalten, der es den Kapitalisten erlaubt, durch die Ausbeutung der Arbeiter enorme Profite anzuhäufen. Alle geschichtlichen Erfahrungen, besonders der Weimarer Zeit, zeigen, daß bei Verschärfung der Klassenkämpfe der bürgerliche Staat schnell seinen demokratischen Charakter abstreift und keineswegs über der Gesellschaft steht.

Die SPD wurde von Arbeitern nicht als Vermittler „zwischen Staat und Gesellschaft“, wie es im Programm steht, aufgebaut, sondern für den Kampf um die politische Macht gegen den bürgerlichen Staat. Die politische Macht ist aber kein Ziel an sich, sondern Mittel im Kampf um die wirtschaftliche Macht. Eine parlamentarische Mehrheit ändert noch nicht den Charakter des bürgerlichen Staates, kann die Position der Arbeiterklasse aber enorm stärken, wenn sie zur Mobilisierung der Arbeiter und zum Aufbau neuer demokratischer Machtorgane genutzt wird. Geschieht dies nicht, so nutzen weder Mehrheiten noch Parteiprogramm, dann kommt es zu Kürzungen und Angriffen wie unter der Schmidt-Regierung in der Krise 1979-82.

Zur Mobilisierung der Arbeiterklasse sind aber konkrete Forderungen nötig. Leider mangelt es daran im neuen Programm. Sehr positiv ist die Forderung

## Neues SPD-Grundsatzprogramm Nur Reparaturen am Kapitalismus?

Der außerordentliche Parteitag der SPD in Berlin beschloß ein neues Grundsatzprogramm. Darin werden als geschichtliche Wurzeln der SPD u.a. auch die Marx'sche Geschichts- und Gesellschaftstheorie sowie die Erfahrung der Arbeiterbewegung angegeben. Als „historische Grunderfahrung“ wird festgestellt, „daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen“ und eine „neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ nötig sei.

Das Programm ist voller Ideale, aber eine Analyse des Kapitalismus, seiner Entwicklung und insbesondere seines heutigen Zustandes und möglicher zukünftiger Entwicklungen fehlt. Dadurch wird der Eindruck erweckt, das Programm könne verwirklicht werden, ohne daß das System geändert wird und unabhängig vom Zustand der Wirtschaft.

### Aus der Geschichte lernen

Die eigene Geschichte wird zu allgemein und unkritisch behandelt: Zur Haltung zum I. Weltkrieg wird gesagt, daß sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung „über das Verhältnis von nationalen zu internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse“ entweit habe. Damit wird aber die Unterstützung am imperialistischen Raubkrieg im Interesse des Kapitals auch als eine Aufgabe bezeichnet! Die Niederschlagung der Revolution nach dem I. Weltkrieg mit Hilfe der ersten SPD-Regierung wird überhaupt nicht erwähnt. Mit Stolz beschreibt das Programm die Rolle der Sozialdemokratie „als zuverlässige Stütze der ersten deutschen Demokratie“ nach 1918 und auch nach 1945 – wo aber bleibt der „Kampf für eine neue Ordnung in Wirtschaft und Gesell-



Lafontaine und Vogel, die derzeitigen SPD-Führer.  
Lafontaine in dieser Zeit?

An der Regierungspolitik nach dem Krieg wird lediglich mangelnde Umweltpolitik und der Extremistenetlaß als falsch erkannt, ansonsten „beachtli-

Vorherrschaft auf dem Weltmarkt entstanden. Nur ein konsequenter Kampf um die wirtschaftliche und politische Entmachtung dieser Klassen hätte solche furchtbaren Niederlagen der Arbeiter-

nach dem 6-Stunden-Tag in der 5-Tage Woche. Allerdings wird der freie Samstag nicht klar genug verteidigt und auch die Frage, wer über die „zwingenden Ausnahmefälle“ für Sonntagsarbeiten entscheidet, bleibt ungeklärt.

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur Rettung der Umwelt lauten die Vorschläge des Programms nur auf eine Politik der steuerlichen Anreize und in Ausnahmefällen auf Beschäftigungsprogramme hinaus. Richtig ist die Forderung nach Finanzierung dieser Vorhaben aus Unternehmensgewinnen, aber dazu ist letztendlich die Verfügungsgewalt über diese Gewinne nötig. Diese muß aber in Kämpfen erzwungen werden, andernfalls erzwingt das Kapital einen Rückzug, wie die Erfahrung der Regierung Mitterands in Frankreich Anfang der 80er Jahre zeigt hat.

### „Wirtschaftsdemokratie“

Gleichzeitig gibt es viele Unklarheiten: Zum Beispiel sollen „in der Solidaritätsgemeinschaft... die Arbeitenden für die Arbeitstischen“ eintreten, wobei die Schuldigen an Arbeitsplatzverlusten, nämlich die Unternehmer, ungeschoren bleiben. Weiter: Unter der Rubrik „Überwindung der Klassengesellschaft“ wird gefordert, daß „alle“ Menschen gleichberechtigt über ihr Leben und ihre Arbeit entscheiden.“ In der „Wirtschaftsdemokratie“ steht diese Gleichberechtigung dann so aus, daß Tausende von Arbeitern „gleichberechtigt“ mit ein paar Dutzend Managern „mitbestimmen“. Wenn demokratischer Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus dargestellt wird, dann darf er nicht nur moralische Allgemeinplätze enthalten. Das Programm verkündet den Kampf für die „Gleichheit und Solidarität...“ in der Bürgerinnen und Bürgern, wo immer sie sich betreffen wissen, Entscheidungen gleichberechtigt fällen und verwirklichen können, „übernimmt aber, daß dies nicht vereinbar ist mit der Herrschaft einer Minderheit in der Gesellschaft, nämlich der Unternehmer.“

# Feitag in Berlin

## Deutschlandpolitik der SPD offensive für Einheit und Sozialismus nötig

Weitaus stärker als das neue Parteiprogramm stand die „deutsche Frage“ im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses um den Berliner SPD-Parteitag im Dezember 1989. Die SPD ist in den letzten Wochen und Monaten dabei, diese Frage wiederzuentdecken, die 20 Jahre lang eher verpöht war.

Seit den Auseinandersetzungen um die Ostverträge der Regierung Brandt/Schnei stellten sich für viele die politischen Lager so dar. Was von der CDU bis zu den Vertriebenenverbänden reaktionär und nationalistisch war, schrie sich „Nation“ und „Wiedererrettung“ auf die Fahnen. Das fortschrittliche und linke Lager dagegen engagiert sich für Ostpolitik und Anerkennung der Zweistaatlichkeit.

Diese Frontstellung prägte die Haltung einer ganzen Generation: Die nationale Frage wurde der politischen Rechten überlassen. Dabei war noch in den 50er Jahren die Rollenverteilung genau umgekehrt. Adenauer und die CDU setzten auf Integration ins westlich-kapitalistische Lager, auf Wiederbewaffnung und NATO, während die SPD massiv für die Einheit Deutschlands und Bündnisfreiheit eintrat.

Adenauers Westkurs auf Kosten der nationalen Einheit wurde immer dann besonders deutlich, wenn Angebote für eine andere Weichenstellung auftauchten, so z.B. anlässlich der Stalin-Note von 1951.

An der Wiederherstellung eines mächtigen kapitalistischen Konkurrenznetzes hatten die Westmächte keinerlei Interesse. Nach Wiedervereinigung einer starken und traditionsreichen Arbeiterklasse stand weder Westmächten noch westdeutschem Kapital der Sinn. Ein Ausdruck dafür waren die wahltakti-

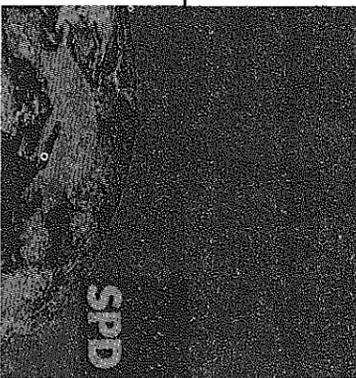
Indem das Programm von einer Gesellschaft der Gleichheit, der Wirtschaftsdemokratie, von ökologischem Umbau und auch gerechter Weltwirtschaftsordnung spricht, ohne die Realität der Klassengesellschaft und ihre Machtverhältnisse deutlich zu erklären, wirkt es utopisch unerfüllbar. Mehr noch: In der heutigen Zeit weltwirtschaftlicher Instabilität und drohender Krise wird selbst „Reformarbeit in kleinen Schritten“ zu einem Machtkampf gegen das Kapital.

Aber selbst wenn das Programm in vielen widersprüchlich und verworren ist, so mußte der Versuch seiner Verwirklichung entscheidende Veränderungen der SPD-Politik mit sich bringen. Hans-Jochen Vogel sagte: „Programm und Entscheidungen allein genügen nicht. Hinzukommen muß der Wille, sie zu verwirklichen. Und dazu bedarf es der Gesprächsfähigkeit und der Überzeugungskraft aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und der Glaubwürdigkeit ihres persönlichen Beispiels.“ (Vorwärts 1/90) Dazu ein Zitat aus dem Programm: „Mehr noch als auf die Größe der Schritte achten wir auf die Erkennbarkeit der Richtung (der Reformen).“

Doch wenn sich die Politik des Hamburger Senats beispielsweise nicht ganz schnell ändert, z.B. in Bezug auf die Kaputtpararvorschläge“ (wie die ÖTV die Pläne des Senats zum öffentlichen Nahverkehr bezeichnete), in Bezug auf den Verkauf von Sozialwohnungen, in Bezug auf die Subventionierung von Philips, statt die Beschäftigten im Kampf gegen Entlassungen zu unterstützen, usw., dann sieht es mit der Glaubwürdigkeit dieser Genossen sehr schlecht aus. Als Jusos in Bahrenfeld kam ich die Forderungen des Programms nur glaubwürdig vertreten, indem ich gegen die Sparpolitik der Genossen im Senat kämpfe und für ein klares sozialistisches Programm der SPD einträte.

Geert Möbius, Hamburg-Bahrenfeld Jungsozialist

Grundideeprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

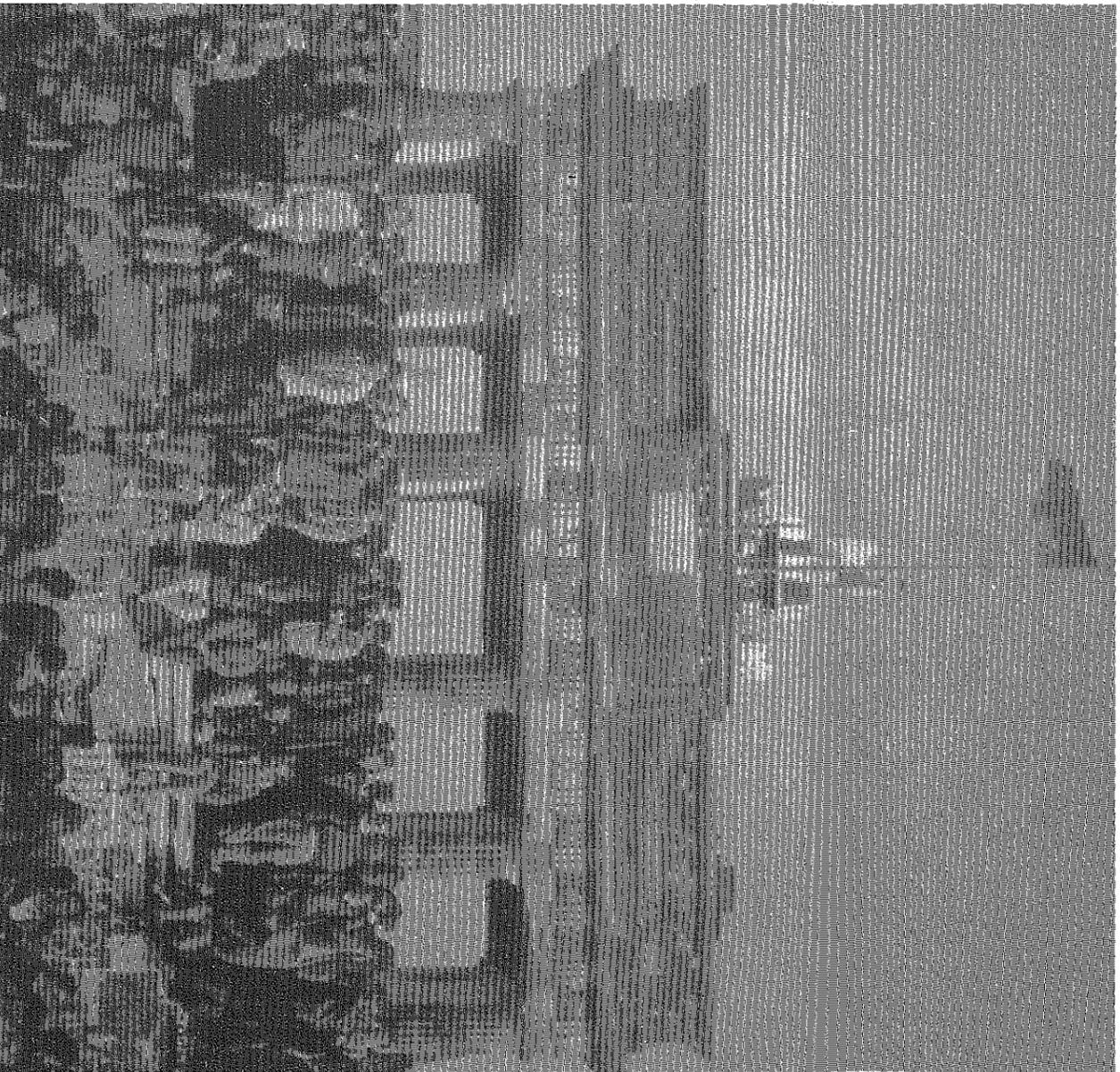


Aber wenn die Deutschen dasselbe tun, dann liegt angeblich schon der Faschismus um die nächste Ecke.

Der Historiker Peter Brandt sieht dahinter zurecht die „hinter wohlklingenden Formeln versteckte Neigung, die Deutschen vom Prinzip der nationalen Selbstbestimmung vorsichtshalber auszuschließen. Die besonders beflissenen Progressiven würden dem deutschen Volk am liebsten gar nicht angehören.“ (Vorwärts 1/90)

In der Tat haben viele Linke – vor allem Intellektuelle – eine Art Bewölkung gegen die eigene Bevölkerung. Das scheint eine Spätfolge der unseligen Kollektivschuld-These nach dem 2. Weltkrieg zu sein, die auch von Herrschenden im Westen gab, schon

In der Tat haben viele Linke – vor allem Intellektuelle – eine Art Bewölkung gegen die eigene Bevölkerung. Das scheint eine Spätfolge der unseligen Kollektivschuld-These nach dem 2. Weltkrieg zu sein, die auch von Herrschenden im Westen gab, schon



Der Wunsch vieler Arbeiter nach Einheit übt soviel Druck aus, daß die SPD-Führung alte Positionen aufgibt. Der Wunsch vieler Arbeiter nach Einheit übt soviel Druck aus, daß die SPD-Führung alte Positionen aufgibt.

### Keine Selbstbestimmung für die Deutschen?

Die Linke in der BRD ließ die nationale Frage umso lieber „rechts liegen“, als ihr dies im Zusammenhang mit Deutschland und den Deutschen ohnehin nicht geheimer war. Eintreten für das Recht auf nationale Selbstbestimmung und nationale Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt – klar, von Vietnam über Palästina bis Nicaragua. Wenn die Massen in der CSSR seit Beginn ihrer Revolution die National-

flagge schwingen und ihre Hymne singen, so beunruhigt das niemanden.

### Abgrenzung vom Stalinismus

Willly Brandt sagte in seiner Rede auf dem Berliner Parteitag, es war „ein schweres Versäumnis, nicht energischer dagegen angegangen zu sein, daß der Begriff Sozialismus für diktatorische Herrschaftsformen und Kommandowirtschaft in Anspruch genommen wurde“. Man könnte hinzufügen: Es wurde weder energisch noch überhaupt

SPD

konsequent dagegen angegangen. Diese Zeitung und ihre Anhänger waren lange Jahre die einzige politische Strömung in der SPD, die sich rundweg weigerte, das stalinistische System als „Sozialismus“, „autoritären Sozialismus“, „Kommunismus“ o.ä. zu kennzeichnen. Für unsere Kritik an den blockstabilisierenden Elementen der Ostpolitik mußten wir uns den Vorwurf des Antikommunismus oder Vergleiche mit der Jungen Union gefallen lassen. Und das, obwohl wir immer klar für Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und demokratische Planwirtschaft eingetreten sind. Dies tun wir auch heute noch, während unsere ehemaligen Kritiker das Kind mit dem Badewasser ausschütten und inzwischen ins Lager der Pro-Marktwirtschaftlicher oder des sogenannten „marktwirtschaftlichen Sozialismus“ (was immer das sein soll) übergetaufen sind.

Natürlich ist nichts gegen menschliche Erleichterung und mehr Reisefreiheit einzuwenden, wenn sie im Zuge der

SPD-Ostpolitik erreicht wurde. Auch sind Zusammenarbeit und Regierungskontakte z.B. in Fragen der Umweltpolitik vonnöten. Aber die politische Aufwertung des Regimes und der SED als Partei (als ob sie überhaupt eine Partei, vergleichbar mit westlichen Arbeiterparteien, wäre) ist dazu keinesfalls erforderlich. Genau dies geschah aber, zuletzt mit dem SPD/SED-Papier, von dem Anke Fuchs mittlerweile sagt, man könne es heute genauso gut zerreißen.

Diese erstaunliche Neubewertung der bisherigen Politik setzte bei Teilen der Parteiführung mit dem Beginn der Entwicklungen in der DDR ein. Karsten Volgr als außenpolitischer Sprecher kritisierte Mitte August 1989 in der „faz“

### Zögernde Wende in Teilen der Partei

Diese erstaunliche Neubewertung der bisherigen Politik setzte bei Teilen der Parteiführung mit dem Beginn der Entwicklungen in der DDR ein. Karsten Volgr als außenpolitischer Sprecher kritisierte Mitte August 1989 in der „faz“

manche „übervorsichtige und unklare Stellungnahme“ gegenüber Entwicklungen in Osteuropa und forderte, dem „zunehmenden Pluralismus innerhalb der Gesellschaften Osteuropas in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit Rechnung zu tragen“. Allerdings zog er auch gleich enge Grenzen: Die DDR-Opposition habe ja noch keinen „legalen oder quasi-legalen Status“ und die SPD „wird auch in Zukunft nicht mit illegalen Kontakten ... in die DDR hineinzuwirken versuchen“.

Als sich in der DDR die SDP gründete – richtigerweise ohne vorher das nicht demokratisch legitimierte Regime um Erlaubnis zu fragen – wollte die SPD-Führung zunächst nicht viel davon hören. So erklärte z.B. der deutsch-landpolitische Sprecher der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, Gerd Löffler, noch am 30. August 1989 gegenüber dpa, die SPD sehe „keinen Anlaß für eine Wiederbelebung oder für die Unterstützung einer Neugründung einer sozialdemokratischen Partei im Ostteil Berlins“.

Erst als der rapide Verfall der SED deutlich wurde und die Massen schon längst regelmäßig auf der Straße standen, besann sich die SPD-Führung auf gesamtdeutsche sozialdemokratische Traditionen. Doch auch das mit recht unterschiedlichem Engagement. Der einzige, den die deutsche Frage nicht in Verlegenheit zu bringen scheint, ist Willy Brandt. Ansonsten machten Parteivorstand und Parteitag delegierte den Eindruck, daß ihnen die Beschäftigung mit dieser Frage eher unangenehme Wahlkampf-Pflicht ist.

Inbesondere Oskar Lafontaine scheint zur deutschen Frage nicht mehr einzufallen, als ihm vorher schon zur Frage der Ausgliederung aus Osteuropa einfiel: nämlich Übersiedler gegen Asylbewerber aufzurechnen und vor ihrem „Zugriff auf das soziale Netz“ zu warnen. Es scheint sich noch nicht bei allen Sozialdemokraten herumgesprochen zu haben, daß es vor allem die Kohlergierung ist, die am sozialen Netz herum-schneidet.

Die Art und Weise, wie die SPD-Führung die Wende in der Deutschlandpolitik vollzog, ist nicht dazu ange-tan, die Glaubwürdigkeit zu erhöhen, und kritische Aufarbeitung der früheren Linie erfolgt. Sie bietet darüberhin-aus Anlässe für Gysi und Co., hämi-sche Bemerkungen über offenbar ge-ringere Berührungspunkte der SPD-Spitze gegenüber dem alten SED-Regi-me loszulassen.

### Für die sozialistische Vereinigung

Fest steht jedenfalls, daß die deutsche Frage zentrales Wahlkampfthema sein wird. Leider hat sich die SPD-Führung auf diesem ureigsten Gebiet schon wieder die Initiative aus der Hand nehmen lassen. Der Vorschlag einer Kon-föderation wurde schon längst in der SPD diskutiert, z.B. vom Referenten der SPD-Bundstagsfraktion für inner-deutsche Beziehungen, Güntram von Schenck (FR vom 18.10.89). Daher rührt anscheinend auch die zunächst freudige Zustimmung der Fraktion zu Kohls 10-Punkte-Plan. Erst am näch-sten Tag schien es der Fraktionspitze zu dämmern, daß dies Kohls Wahl-kampferöffnung war, und man schob als Bedingung zur Zustimmung flugs den 11. Punkt hinterher.

Aber auch eine Konföderation bietet keine ausreichende Perspektive. Was wäre mit ein paar gesamtdeutschen Insti-tutionen, vielleicht gemeinsamen Parlamentsausschüssen, oder einer ge-samtdeutschen Präsidentenwahl schon gewonnen? Auch die Deutschen haben ein Recht auf nationale Selbstbestim-mung, das wir bedingungslos verteidigen müssen. Alle damit zusammenhän-genden Fragen müssen aufgeworfen werden: die Militärblockade, die Präsenz ausländischer Truppen in beiden Teilen Deutschlands, die Rüstung, der 4-Mächte-Status und das eingeschränkte Wahlrecht der Berliner zum Bundestag, die gesamtdeutsche staatliche Einheit.

In der Erklärung des Parteivorstands vom 18. September heißt es: „Sozialismus ist nur lebensfähig, wenn er mit Demokratie verbunden ist. Wir ver-langen nicht, daß die DDR den – so ver-ständenen – Sozialismus aufgibt, sondern daß sie mit ihm endlich anfängt.“ Von dieser Forderung ausgehend muß eine revolutionäre Entwicklung auf de-mokratisch-sozialistischer Grundlage in ganz Deutschland das Ziel sein. Für nichts weniger sollte die SPD offensiv eintreten.

Angela Bankert, Köln Jungsozialistin

# Aufbruch in Mittelamerika

Ende letzten Jahres waren für ein paar Wochen neben den Ereignissen im Ostblock auch die Konflikte in Mittelamerika an die erste Stelle in den Nachrichten der Medien gerückt. In El Salvador wurde der Kampf zwischen Guerilla und Militär-Diktatur in die Hauptstadt getragen, in Panama führten die USA eine militärische Intervention durch. Sind dies Anzeichen noch größerer Krisen in dieser Region?

Der allgemeine Hintergrund der US-Intervention in Panama ist die grundsätzliche Instabilität von ganz Mittelamerika. Der US-Imperialismus will seinen „Hinterhof“ unter Kontrolle behalten. Dabei ist ihm jedes Mittel recht. Die „US-Demokratie“ verschwendet keine Gedanken an die große Anzahl Toter aus den Elendsvierteln in Panama-Stadt.

Die USA als „Weltpolizei“ achtet darauf, daß ihr Einflugsgebiet nicht verloren geht. Ob in Nicaragua die Contras unterstützt werden, um die Sandinisten unter Druck zu setzen, ob Militärs aus den USA mittelamerikanische Länder „beraten“, ob El Salva-

die sich schon an der Teilnahme an Militärpatrouillen in Peru andeutete: Die USA bereiten sich auf die Unterdrückung von Massenbewegungen in der Region vor.

## Sozialer Hintergrund

Die sozialen Spannungen, die sich in naher Zukunft noch verstärken werden, haben ihre Ursache in der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung von ganz Süd- und Mittelamerika. Die Auslandsverschuldung aller Entwicklungsländer stieg zwischen 1982 und 1989 von 831 Milliarden US-Dollar auf 1300 Mrd. Dollar. Doch die vier am meisten verschuldeten Länder der

Internationalen Währungsfond (IWF) Druck auf die Regierungen aus, Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst und bei den spärlichen Sozialleistungen durchzuführen, aber überall riskiert er damit soziale Unruhen.

Die US-Konzerne spielen sowohl ökonomisch als auch politisch eine große Rolle. Sie kontrollieren einen Großteil der Wirtschaft und sind verzahnt mit der Klasse der einheimischen Großgrundbesitzer. Das Militär, der innenpolitische Hauptfaktor in vielen Ländern, wird von den USA unterhalten. So sind auch bürgerlich-demokratische Politiker absolut unfähig, die Lage der Mehrheit der Völker, nämlich der Bauern, zu verbessern. Solange in den Städten die Arbeiter nicht in revolutionären Schritten bewußt nach vorne gehen, hat deshalb der Guerillakampf einen großen sozialen Nährboden. Dies war, neben spontanen Arbeiterkämpfen, der Hauptfaktor für den Sieg der Guerilla in Nicaragua 1979.

## Nicaragua

1979 löste die Guerillabewegung die Somozadiktatur ab. Sie war dazu aber nur durch die breite Unterstützung der Arbeiter und Bauern in der Lage. Die Arbeiterklasse wurde aber nicht in den Kampf aktiv miteinbezogen. Die für einen demokratischen Arbeiterstaat notwendigen demokratischen Organe, Arbeiterräte in den Betrieben, sind nie entstanden. Die undemokratischen Methoden des Guerillakrieges mit ihrer Kommandomanier wurden nach dem Sieg auf die Gesellschaft übertragen.

Der bisherige Staatsapparat wurde gestürzt. Die herrschenden Klassen Nicaraguas und die USA verloren ihr Instrument der Macht im Land. Doch die Sandinisten haben ein utopisches bürgerlich-demokratisches Programm,



Nicaraguas sandinistischer Präsident Ortega im Wahlkampf.

Welt: kommen aus Süd- und Mittelamerika (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela).

Die Preise der in dieser Region produzierten Rohstoffe wie Kaffee und Kakao sanken von 1986-88 um ca. 25%. Der Zuckerpriest schwankt ständig in riesigen Sprüngen. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ungeheures Elend für die Arbeiter und Bauern in diesem Gebiet Amerikas. Überall übt

## Gorbatschow, großrussischer Bürokrat

Als Gorbatschow nach Vilnius in Litauen fuhr, kam es auf der Straße zu einem Dialog zwischen ihm und einem älteren Arbeiter, der ein Transparent mit der Forderung nach Unabhängigkeit Litauens trug. Das Fernsehzeichnen den Dialog mit, der Gorbatschows bürokratische Arroganz offenlegt, die mit der Stalins vergleichbar ist, gegen die schon Lenin Anfang der 20er Jahre den Kampf führte.

**Gorbatschow:** „Wer hat Ihnen aufgetragen, diesen Slogan zu schreiben?“

**Arbeiter:** „Niemand, das habe ich von mir aus getan.“

**Gorbatschow:** „Wer sind Sie? Wo arbeiten Sie? Und was meinen Sie mit totaler Unabhängigkeit?“

**Arbeiter:** „Ich meine das, was wir

in den zwanziger Jahren hatten, als Lenin Litauens Souveränität anerkannte, weil keine Nation berechtigt ist, eine andere Nation anzugreifen.“

**Gorbatschow:** „Ich weiß, daß Litauen sehr provinziell war. Heute verkauft Rußland sein Gold, sein Metall und seinen Kraftstoff zu niedrigen Preisen. Litauen ist in unserer Familie zu einem entwickelten Land geworden.“

**Arbeiter:** „Wissen Sie, wie viele Litauer in den vierziger Jahren nach Sibirien geschickt wurden und umkamen?““

**Gorbatschow:** „Mit diesem Mann wünsche ich nicht länger zu sprechen. Wenn die Leute in Litauen solche Haltungen einnehmen und mit solchen Slogans aufwarten, haben sie mit harten Zeiten zu rechnen.““

das die Gesellschaft nicht weiter bringt, weil die Bürgerlichen den neu von den Sandinisten geschaffenen Staatsapparat ablehnen. Das US-Kapital und Nicaraguas Unternehmer und Grundbesitzer boykottieren die Regierung.

Doch die sandinistische Regierung hat bis jetzt auf eine Verstaatlichung der entscheidenden Teile der Industrie verzichtet. Kapitalflucht von Nicaragua ins Ausland, die Entwicklungshilfe seitens verschiedener kapitalistischer Länder wurde gestrichen. Die Wirtschaft ist nun bankrott.

Zwar sahen sich in jüngerer Zeit die Sandinisten gezwungen, unrentable Firmen zu verstaatlichen, da ihre Bosse die Betriebe in den Ruin trieben. Doch unter dem Strich ist der Lebensstandard heute niedriger als unter der Diktatur von Somoza. Das Pro-Kopf-Einkommen ging zwischen 1981 und '88 um 27% zurück. Durch den Krieg gegen die Contras muß ein Großteil des Haushalts für Verteidigung abgestellt werden. Die Inflationsrate lag 1988 irgendwo zwischen 18.000 und 27.000%!

Die USA haben Angst vor einem „Vietnam“, daher griffen sie bisher nicht ein. Wenn sie in Zukunft ihre Aggressivität steigern, werden die Sandinisten möglicherweise entgegen ihrem eigenen Programm eine soziale Umwälzung durchführen, um sich eine Machtbasis zu sichern.

Die Probleme des Guerillakampfes zeigen sich auch in Mittelamerikas mit 5 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichstem Land, in El Salvador. Dort gab es im Juni 1980, also kurz nach dem erfolgreichen Sturz des Diktators Somoza in Nicaragua, einen Generalstreik. Er hatte eine Beteiligung von 90%, das waren 500.000 Arbeiter. Doch die Führung der Guerillabewegung FMLN (Faraundo Martí National Liberation Front) suchte keine



San Salvador, Hauptstadt El Salvadors: Einwohner bringen sich während der Kämpfe im November in Sicherheit.

Verbindung zu diesem Kampf und griff das Potential der Arbeiterklasse nicht auf. Der lang anhaltende blutige Guerillakampf ging weiter.

Auch bei der jüngsten Offensive der FMLN im November hat es diese nicht geschafft, die Arbeiter einzubeziehen, obwohl junge Arbeiter und Arbeitslose aus eigenem Antrieb Guerillaverbände unterstützen und deckten.

In den letzten 3-4 Monaten gab es vereinzelte Streiks, aber jede Fabrik hat ihre eigene Gewerkschaft. Der bestehende Gewerkschaftsdachverband hätte, wenn es eine Zusammenarbeit geben würde, zum Generalstreik aufgerufen und damit der Befreiungsbewegung zum Sieg verhelfen können. Die FMLN hatte aber nur zu einem Verkehrboykott aufgerufen. Das Angebot der FMLN-Führung an die rechtsextremistische Regierung, auf einer Verhandlungsebene mit dem Regime die „Probleme“ gemeinsam zu lösen, zeigt, daß die FMLN kein revolutionäres Verständnis hat.

Dies gibt dem Regime noch einen kleinen Spielraum zum Manövrieren. Die FMLN-Offensive auf der einen Seite und die grausamen Aktionen der „Todesschwadronen“ werden jedoch viele Jugendliche zur FMLN treiben. Unter dem Druck dieser Jugendlichen kann es in nächster Zeit dazu kommen, daß die FMLN Konsequenzen den Sturz des bestehenden Regimes erreichen will und sich schließlich auch durchsetzt.

Washington zweigt jährlich 3,5 Mrd. Dollar für den Staat El Salvador

ab. Allein eine Mio. Dollar fließen Tag für Tag an Militärhilfe ins Land. In den letzten zehn Jahren wurden 70.000 Menschen von der Armee und von den „Todesschwadronen“ umgebracht, 10.000 sind verschwunden, und eine Million haben die Flucht vorwärtigen Hauptziel der Verfolgung waren Linke und Gewerkschafter.

Die Armee ist mit ihren 55.000 Mann an die Leistungsgrenze gestoßen. Dies zeigt die Tatsache, daß die letzten Kämpfe in die Hauptstadt hineingetragen wurden. Es gibt bereits einige Fälle von Desertation in der Armee. So ist es möglich, daß sich in nächster Zeit die Guerilla durchsetzt.

Die Machtübernahme der FMLN über den Sturz des alten politischen

Regimes würde wegen seines revolutionären Charakters, nämlich daß unter Beteiligung der Massen ein alter Staatsapparat zerstört wurde, einen enormen Einfluß auf die anderen Länder haben. Ein Aufkommen von Hoffnungen würde in den anderen Ländern den Guerillakampf schüren, aber auch zu davon unabhängigen Kämpfen der Arbeiter führen.

## Domino-Effekt

Die politischen Revolutionen Osteuropas haben gezeigt, wie nach Art von aufgestellten und aneinandergerichteten Dominosteinen die herrschende Macht im Land „fallen“ kann. Wenn dies passiert, würde die Situation für die USA sehr brenzlig. Aus Angst vor diesem Dominoeffekt auf die anderen mittel- und südamerikanischen Länder könnten sie sich für eine Intervention entschließen. Aber eine Intervention unter diesen Umständen würde einen langen und schrecklichen Krieg hervorrufen. Die Arbeiter und Bauern in ganz Mittelamerika würden sich wehren. Es wäre ein neues „Vietnam“ vor der Grenze der USA selbst.

Bernd Bosmann, Kassel  
Jungsozialist

In der nächsten Ausgabe:  
Analysen zum  
Nationalitätenkonflikt  
in Transkaukasien  
aus marxistischer Sicht

## Internationale Notizen



**Italien**

Der Dezember war geprägt von einer Reihe wilder Streiks. Die Lokführer, Fluglotsen, Beschäftigten im Gesundheitswesen u.a. kämpften v.a. für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

## USA

Nach neun Monaten endete der Streik der Bergarbeiter der Kohlezechen des Pittston-Konzerns (VORAN berichtete in Nr. 116). Das Ergebnis des mit großer Härte geführten Kampfes für die Beibehaltung der Tarifvereinbarung, nach der das Unternehmen Beiträge für den gewerkschaftlichen Renten- und Krankenversicherungsfond zu leisten

hat, ist noch nicht im Detail ausgehandelt. Viele Bergleute befürchten ein zu großes Nachgeben der Führung ihrer Gewerkschaft. 20.1.1990

## Großbritannien

Wochenlange Streiks für die 35-Stunden-Woche erschütterten im November und Dezember die britische Metallindustrie. Bei Rolls Royce in Glasgow wurde z.B. die 37-Stunden-Woche bis 1991 erkämpft. Abschlüsse in dieser Größenordnung wurden aber vielerorts von den Arbeitern als fauler Kompromiß angesehen. Die Kämpfe gingen in mehreren Betrieben weiter; die Arbeiter Großbritanniens haben in letzter Zeit wieder viel Vertrauen in ihre eigene Kraft gewonnen.

# Revolution in Rumänien

**Kurz vor Weihnachten 1989 begann der heldenhafte Volksaufstand in Rumänien, der eines der blutigsten stalinistischen Regimes der Nachkriegszeit endlich zum Sturz brachte, trotz der Brutalität, mit der der verhaftete Diktator Ceausescu die Massenbewegung durch seine paramilitärische Privatarmee „Securitate“ (Geheimpolizei) auswischen versuchte. Inzwischen gehen offizielle Stellen davon aus, daß mindestens 10.000 Menschen bei den Straßenkämpfen ermordet wurden.**

Die „Securitate“ war die letzte Stütze Ceausescus in einem Land, das unter seiner despotischen Herrschaft in jeglicher Hinsicht 24 Jahre lang gekeimt und geknebelt wurde. Daß schätzungsweise 60.000 Menschen in dieser Zeit hingerichtet wurden und das Land mit einem beispiellosen Spitzelnetz belegt wurde, ist ein Zeichen dafür, daß der „Altmächtige“ sich alles andere als sicher fühlte vor „seinem Volk“.

In seiner größtenwahnsinnigen Vorstellung versuchte er, im Agrarland Rumänien mit Hilfe westlicher Kredite ein „Zwangsin dustrialisierungsprogramm“ durchzuführen. Heute stehen



Bewaffnete Arbeiter in Bukarest bei einer Straßenkontrolle.

## Chile

# Niederlage für Pinochet

Durch die massive Berichterstattung über die Kämpfe der Arbeiter Osteuropas gegen die stalinistische Diktatur hat man die Niederlage der chilenischen Junta unter Pinochet kaum bemerkt. Nach 16 Jahren Massendmord, Folter und brutalen Angriffen auf die Rechte und den Lebensstandard der Arbeiter verlor die Junta die Parlamentswahlen vom 14. Dezember 1989. Trotz aller Mittel der von den USA lange unterstützten Diktatur ist Pinochets erklärter „Kreuzzug gegen den Marxismus“ gescheitert.

50.000 Angehörige der Arbeitbewegung wurden seit 1973 ermordet, unzählige gefoltert und eine Million (12% der Bevölkerung!) ins Exil vertrieben, um „Ruhe und Ordnung“ zu bewahren und die Herrschaft der Großgrundbesitzer, Unternehmer und der amerikanischen „Businessmen“ (Geschäftsleute) zu sichern. Und trotz alledem haben die Arbeiter, die Arbeitlosen in den Slums und vor allem die Jugend ihre eigenen Organisationen – Gewerkschaften, sozialistische und kommunistische Partei – illegal aufgebaut und Pinochet in die Knie gezwungen.

Allerdings wurden diese Opferbereiten Aktivisten um ihren ein deutigen Sieg betrogen. Denn ihre „staatsmännischen“ Führer schenkten Partido Aylwin, dem Anführer der Christdemokraten (CD) den Wahlsieg. Durch ein Abkommen der Führer der Arbeitparteien mit den Christdemokraten wurden 60% der Wahlkreise für Kandidaten der CD reserviert, 20% für bedeutungslose kleine bürgerliche Parteien, und nur 20% für die linken Parteien, die dann auch lediglich 6 Senatoren (von 22 der gesamten Opposition) im Senat und 26 Abgeordnete (gesamte Opposition: 71 von insgesamt 120) bekamen.

## Die Christdemokraten – Helfershelfer der Junta

Trotz oder gerade wegen ihrer betrieblenden Unterstützung für Aylwin wurde die KP aus der Liste ausgeschlossen und bekam keinen einzigen Sitz. Leider müssen die Aktivisten für diese unwürdige Politik ihrer Führung mit weiteren harten Kämpfen bezahlen.

Wer ist dieser Aylwin? Als Anführer der CD sabotierte er die letzte demokratisch-gewählte Regierung des So-

zialismus. Er hat sich in den letzten Jahren von Lebensmitteln und Hilfsmitteln wie Straßenkontrollen rund um die Uhr wurden von bewaffneten Bürgerkomitees vorgenommen. Die Situation erinnerte – zumindest vorübergehend – an die Revolution in Ungarn 1956, die nur durch den Einsatz sowjetischer Panzer gestoppt werden konnte.

## Unterdrückung unter Ceausescu

Strom wurde exportiert mit dem Ergebnis, daß die Wohnungen mit einer Temperatur von höchstens 12 Grad im Winter beheizt werden konnten. Medikamente gab es kaum. Zu diesem Elend und dieser Entbehrung für alle Rumänen kam eine brutale Verfolgung der nationalen Minderheiten hinzu: In aller Welt war Ceausescus Vorhaben bekannt, 8000 Dörfer im Westen Rumäniens dem Boden gleichzumachen und die ungarisch- und deutschstämmige Bevölkerung in städtische Wohnsitz zwangsumzusiedeln. So ist es kein Zufall, daß der Aufstand in Temesvar begann, in der Stadt, in der viele Angehörige der ungarischen Minderheit leben.

Sehr schnell breitete sich der Massenprotest im ganzen Lande aus, bis innerhalb von einigen Tagen Hunderttausende Rumänen in Bukarest auf den Straßen standen. Wie in China, der DDR, CSSR und Bulgarien hatten sie jetzt die Angst vor ihren Unterdrückern abgelegt. Angesichts der geballten Kraft der Massen auf den Straßen verweigerten Soldaten den Schießbefehl und drehten ihre Waffen gegen ihre Offiziere, bis die Armee nicht mehr einsetzbar war und schließlich auf die Seite der Bevölkerung überließ. Für einige Tage bestanden Ansätze einer echten Doppelherrschaft, als bewaffnete Jugendliche und ältere Bürger zusammen mit Soldaten die „Securitate“ bekämpften. Die Ver-

Doch dadurch wird er unausweichlich in Konfrontation mit den Opfern der Diktatur geraten, denn sie wollen die Folter erspüren, nicht nur um Gerechtigkeit zu schaffen, sondern auch um zu verhindern, daß diese noch einmal ein Terrorregime installieren. Demokratische Rechte werden nie sicher sein, solange dieser Staatsapparat intakt bleibt. Auch nach der Wahl gibt es Kämpfe zwischen der Bevölkerung und dem Staatsapparat. Sofort nach der Wahl demonstrierten in Santiago Hunderte



Aylwin, der Kandidat der Opposition, hat selbst Dreck am Stecken.

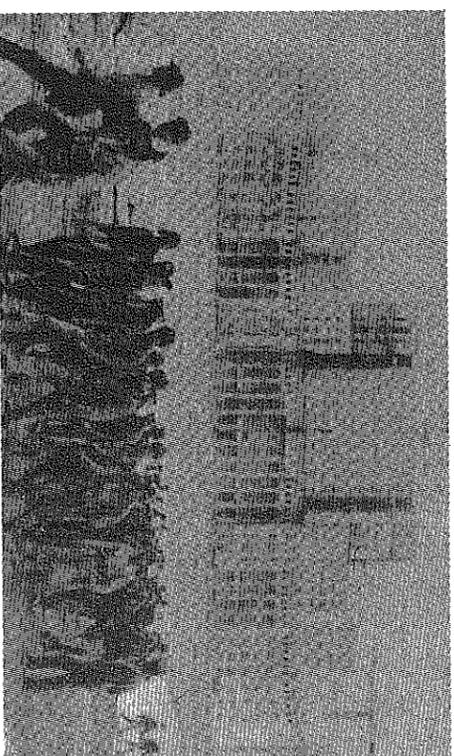
schaffen werden sollten, als „Opposition“ zu arbeiten, um zu verhindern, daß alle Regimegegner – inclusive seiner eigenen Basis – die SP und KP unterstützen. So wurde der Widerstand seit Jahren abgelenkt und gebremst.

Und jetzt, nach dem Wahlsieg, rettet Aylwin die Terroristen der „chilenischen Securitate“, des verhassten Geheimdienstes CNI. Es wird wohl keine durchgreifende demokratische Säuberung des Staatsapparates geben, die Mörder und Folterer sollen amnestiert werden. Pinochet bleibt Chef der Streitkräfte und Aylwin wird mit diesen Volksfeinden zusammenarbeiten.

teilung von Lebensmitteln und Hilfsgütern sowie Straßenkontrollen rund um die Uhr wurden von bewaffneten Bürgerkomitees vorgenommen. Die Situation erinnerte – zumindest vorübergehend – an die Revolution in Ungarn 1956, die nur durch den Einsatz sowjetischer Panzer gestoppt werden konnte.

## Was kommt nach Ceausescu?

Doch hat sich innerhalb kürzester Zeit eine Übergangsregierung, der „Rat der Front der nationalen Rettung“ (FNR) formiert. Hier sind die



Diesem Palast lieb sich der stalinistische Diktator Ceausescu bauen – auf Kosten des Volkes. Parallelen zur DDR, CSSR etc. unüberschaubar. Einerseits verfügte die FNR weitgehende Reformen, so z.B. einen sofortigen Exportstopp für Lebensmittel, die Streichung des Plans der Zerstörung der 8000 Dörfer freie Wahlen, Reisefreiheit und das Recht auf politische und gewerkschaftliche Organisation.

Allerdings – wie in der DDR – besteht der (nicht demokratisch gewählte) Rat der FNR zum großen Teil aus tausende gefoltert. Strauß nannte seinen Freund Pinochet einen „echten Demokraten“.

Seit der Massenbewegung der letzten sieben Jahre war Pinochet nicht mehr zu halten und die bürgerlichen Politiker weltweit distanzieren sich heuchlerisch von ihm, meinen jedoch immer noch, daß er die Wirtschaft in Ordnung gebracht habe.

Seit 1973 war Chile für die Reichen ein wahres Paradies: Hohe Profite waren garantiert (1988: plus 62%). Gleichzeitig ist der Lebensstandard von 80% der Bevölkerung niedriger als 1973. Die Mehrheit lebt unter der Armutsgrenze: 40% der Bevölkerung bekommen nur 150 DM im Monat. Das ist die Wirklichkeit der freien Marktwirtschaft ohne eine starke Arbeiterbewegung.

## Kämpfe vorprogrammiert

Aber jetzt haben die Arbeiter teils demokratische Rechte, und sie werden sie nutzen, um für ein anständiges Leben zu kämpfen. Dabei werden sie in Konflikt mit der neuen Re-

## Wahl in Brasilien

Nach jahrelanger Diktatur fanden am 17. Dezember 1989 zum ersten Mal wieder freie Wahlen in Brasilien statt, bei denen die Arbeiterpartei (PT) nur knapp gegen eine Allianz der bürgerlichen Parteien verlor. Ein großartiger Erfolg der PT und der Arbeiterklasse, denn sie kandidierte zum ersten Mal überhaupt.

Der „Sieg“ der Bürgerlichen wird nur von kurzer Dauer sein, denn ein Konzept, um die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, haben sie nicht. Im Gegenteil, es wird versucht, die enorme wirtschaftliche Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, durch Sozialabbau und Entlassungen im öffentlichen Dienst.

Die Wahl macht deutlich, daß die Arbeiter in Brasilien immer deutlicher ihren wahren „Feind“, nämlich die Unternehmer und die internationalen Banken, erkennen und, was noch wichtiger ist, bekämpfen. Es ist gelungen, in den letzten Jahren große Gewerkschaften aufzubauen Druck auf die Regierung auszuüben und demokratische Rechte zu erkämpfen, wie

hohen Funktionen der KP Rumäniens. Einige davon sind ehemalige ZK-Mitglieder oder Minister, die zwar unter Ceausescu als Oppositionelle verfolgt wurden, aber andere sind ihm bis zuletzt treu geblieben – sie sind alle Repräsentanten der Bürokratie. Die Bevölkerung wurde zur Rückgabe ihrer Waffen aufgefordert und hohe Generäle der Armee sitzen mit im Rat der FNR.

Das Ehepaar Ceausescu ist tot und die „Securitate“ weitgehend zerschlagen. Ceausescu beging die Verbrechen nicht allein; er war der Chef einer großen Bürokratienschicht, der auch die „KP“-Oppositionellen angehörten, die das Land beherrschten. Der alte Staatsapparat ist enorm geschwächt, doch die Bürokratie ist nicht bewältigt gestürzt worden. Ohne die unabhängige Organisation der Arbeiter und Bau-

ern mit einem Programm für die Ersetzung des bürokratischen Systems durch eine Arbeiterdemokratie wird die Bürokratie versuchen, die begonnen politische Revolution in Rumänien im Sande verlaufen zu lassen. Doch die Demonstrationen gegen die neue Iliescu-Regierung zeigen, daß die Arbeiter und die Jugend Rumäniens die Revolution noch weiterreiben wollen.

Fitz Garvie, Köln, SPD-Mitglied (15.1.90)

gerung geraten, weil diese ihre Ansprüche auf Arbeit, Wohnungen, Bildung, Krankenpflege und bessere Löhne überhaupt nicht erfüllen kann. Schon in den 60er Jahren scheiterte das Experiment mit einer CD-Regierung – gedacht als letzter Versuch, die Wahl einer SP-KP-Regierung zu verhindern – , weil der Kapitalismus diese bestehenden Bedürfnisse der Arbeiter, Bauern und kleinen Selbständigen in Südamerika nicht erfüllen konnte. Heute kann er es noch weniger! Der südamerikanische Kontinent hat heute massiv unter dem Abzug von Kapital und unter dem Fall der Rohstoffpreise zu leiden. Hyperinflation und Instabilität sind vorprogrammiert.

Durch die kommenden, unvermeidlichen Kämpfe der Arbeiterklasse Chiles gegen ihre Ausbeuter wird eine gemeinsame Regierung der Arbeiterparteien noch zustande kommen. Ihre Aufgabe: Den alten Staatsapparat und die Unternehmer durch die Mobilisierung der Arbeiter zu entmachten.

## Arbeiter auf dem Vormarsch

z.B. die freien Wahlen. Die PT konnte die Arbeiter für sich gewinnen, weil sie und ihr Kandidat Luis Lula im Wahlkampf Klassenkampfesche Positionen vertraten. Allerdings wich Lula nach der ersten Stichwahl zu sehr vom polarisierenden Kurs ab, mit der Absicht, Stimmen aus dem Mittelstand zu bekommen, was sich als Fehler herausstellte.

Was die PT braucht ist ein sozialistisches Programm. Nur so kann sie die Mehrheit der Arbeiter und dann auch des ganzen Volkes gewinnen. Der Ausbau des Sozialnetzes wie z.B. kostenlose Krankenpflege, ein garantierter Mindestlohn und vor allem die Verstaatlichung der Banken und großen Betriebe unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter sind Kerntstücke eines solchen Programms. Vieles im jetzigen PT-Programm geht schon in diese Richtung. Der erfolgreiche Kampf für ein solches Programm ist die Grundlage für ein Leben ohne Not in Brasilien.

Ronald Beauvais, Lübeck  
Jungsozialist

# Leserbriefe

### Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . . .

#### Für neutrale

#### Berichterstattung

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem ich fünf Ausgaben von VORAN im Abo bezogen und zwei weitere zuvor direkt bei einem Genossen gekauft habe, stellt sich mir die Frage, welche Arbeitnehmerschicht Ihr eigentlich mit "VORAN" anspre-

#### Antwort von Mahmound

Wir erfuhren durch VORAN von der Verhaftung des israelischen Gewerkschafters Mahmound Masarwa und schrieben nicht nur Protestbriefe, sondern auch ihm persönlich ins Gefängnis. Vor kurzem erhielten wir eine Antwort auf unsere Schreiben. Mahmound beschenke uns mit einer selbstbestickten Tafel, in der er die Einheit der Arbeiter darstellt. Er bedankt sich bei allen, die sich an der Kampagne für seine Freilassung beteiligen, und die ihm soviel Mut zum

Überleben gaben und geben. Das Leben im Gefängnis ist nicht leicht, wenn man unschuldig sitzt und mündot gemacht werden soll. Es gibt politisch so viel zu tun, um das Leben des israelischen Volkes - sowohl Juden wie Palästinenser - zu verbessern, wir könnten so friedlich zusammenleben, aber die Herrschenden haben kein Interesse daran. Genossen, gebt nicht auf. Es lohnt sich, für ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen. Maria-Clara Roque, Wiesbaden

## Reaktionen von VORAN-Lesern aus der DDR

Die Redaktion VORAN bekommt in letzter Zeit immer wieder Briefe und Postkarten von Arbeitern und Jugendlichen aus der DDR. Sie beinhalten zumeist das Angebot, weiter in Diskussion zu bleiben und politisch zusammenzuarbeiten. An dieser Stelle will die Redaktion ausdrücklich alle Leser der VORAN aus der DDR ermuntern, mit uns in Kontakt zu treten und uns zu schreiben. Im folgenden (aus Platzgründen leider nur kurze) Auszüge aus mehreren Briefen:

"Bestimmt sage ich Ihnen nichts Neues, aber unsere Staatsmacht - die Bürokratie und Privilegierten - haben uns jahrzehntlang ein Wissenspotential voranthalten, sie haben uns betrogen, belogen, eingemauert, ausgebeutert, unterdrückt und entmündigt. Die Folge davon ist aber, daß wir wirklich teilweise dumm sind. Man bekommt es heute ganz deutlich zu spüren. Einige Studenten unseres Instituts haben - wie an anderen Unis auch - einen Studentenbund gegründet. Was uns allen fehlt, sind theoretisches Wissen und Kenntnisse über Stalin, Trotzki usw. Ich habe Ihre Nr. 115 - November 1989 VORAN-Ausgabe bekommen und habe allein durch diese kommen und haben einen besseren Einblick bekommen. Unser Studentenbund ist sehr interessiert an weiterem Info-Material. Uns fehlen wie den Studenten und Arbeitern in China noch Ideen, um wirkungsvoll arbeiten zu können. In der Hoffnung auf baldige Abhilfe des Informationsdefizits verbleibt nun Ihr SPD-Sympathisant."

Thomas aus Berlin-Neuenhagen

"Seit meinem letzten Brief hat sich hier viel verändert. Aus der Basisgruppe ist die Ortspartei Gruppe der SDP geworden. Seit der Gründungssammlung arbeiten wir nun angestrengt daran, unsere Partei Gruppe in unserer Stadt zu etablieren. Jeden Abend nach der Arbeit unterwegs, das schlaucht ganz schön."

So einfach Arbeiterräte bilden, bis in die obersten Regionen, wäre ja recht gut, aber so einfach geht das nicht. Ihr müßt Euch mal mit unseren Arbeitern unterhalten. In einer Diskussion sprach ein Parteifreund davon, daß alle Initiativen von der Intelligenz ausgehen muß, wo er selber zugehört, weil die Arbeiter zu dumm sind und auch gar kein Interesse haben. Ich habe mich dort sehr dagegen verwehrt, daß

bedarf es keiner "Hetzpropaganda", sondern sachlicher, neutraler und wahrheitsgemäßer Berichterstattung mit kritischen Kommentaren aus sozialistischer Sicht. Auch solltet Ihr Euch nicht auf SPD, Falken und DGB beschränken, sondern alle sozialistisch orientierten Gruppen berücksichtigen, auch DKP und Grüne. (...) Was ich vermissen, sind Berichte und Kommentare zum Thema Umwelt-schutz sowie Berichte aus dem Verband selber. Auch wäre es angebracht, einmal die verschiedenen Programme der Juso-Strömungen gegenüberzustellen, damit sich die VORAN-LeserInnen selbst eine Meinung bilden können. (...)

Zum Schluß muß ich anmerken, daß Ihr mehr über die Zusammenhänge aufklären solltet, wie es z.B. kommt, daß der Unternehmer an einer Stunde Arbeit pro Arbeiter mehr verdient als der Arbeiter selbst. Oder warum die Autobauer schuld am Waldsterben sind und an den Streckenstillungen sind. Und warum konnte sich die Planwirtschaft nicht behaupten? Anmerkung: Das liegt nicht nur an der Bürokratie. Mit ökologischen Grüßen Jörg Meier, Tönning/Eider

"Ich und viele andere Bürger aus Leipzig hatten mit Genugtuung und Freude von Sturz des rumänischen Tyrannen Ceausescu erfahren. Das 'Neue Forum' hatte für den 23.12. zu einem Schweigemarsch für die Opfer in Rumänien aufgerufen. Es war aber beschränkt, daß ungefähr nur 4-5000 Menschen dem Aufzug folgten. Ich hatte eigentlich mit mindestens dem Doppelten gerechnet. Ich hatte mir schon vor längerer Zeit gewünscht, daß ich mal mit Jugendlichen von demokratischen Jugendorganisationen, wie z.B. Jusos, Falken, MSB Spartacus usw. zusammen treffen und wir gemeinsam über Probleme in beiden deutschen Staaten und der Welt diskutieren. Dies ist ja in Erfüllung gegangen. Es ist einfach super."

Ich werde versuchen, ein paar Freunde dazu zu bringen, daß wir eine eigene Spendenaktion für das Volk von Rumänien durchführen und es (mit sämtlichen Namen aller Spender und Betrag oder Geldspende) auf das Solidaritätskonto der DDR überweisen. Ob wir dann Erfolg haben, weiß ich nicht. Aber ein Versuch ist es wert. Macht es alle gut." Thomas aus Böhlitz

"DDR-Wahlkampfausgabe der Zeitung VORAN vom 12.1.90 Werte Genossen der SPD (BRD)!

Durch Zufall konnte ich Ihre DDR-Wahlkampfausgabe der Zeitung VORAN lesen. Der Inhalt stimmt weitestgehend mit meiner langjährigen marxistischen Auffassung überein. Aus diesem Grund bitte ich Sie, mir möglichst einige Exemplare Ihrer Zeitung vom 16.1.90 zur Verfügung zu stellen."

Nach Weg mit Kohl und Kapital stimme ich einer Vereinigung BRD/DDR sofort zu. Leider müßte ich jedoch bisher feststellen, daß sich die SPD (DDR) nicht zu diesen Zielen bekannt hat, sondern denkt, daß sie unter der Macht der Großkonzerne und Banken in der BRD eine Wiedervereinigung Deutschlands mit sozialer Marktwirtschaft auf dem Territorium der DDR aufbauen kann. Diese freie soziale Marktwirtschaft unter der Herrschaft des Kapitals kann es jedoch nicht geben. Mit den Zielen der Marxisten in der SPD (BRD) könnte auch die SPD (DDR) wahlfähig werden."

Genauso wie Sie den Wahlkampf in der DDR unterstützen möchte ich auch Sie in dem Wahlkampf der BRD unterstützen, damit die Marxisten der SPD (BRD) den nun schon 40jährigen Kampf gegen das Kapital und dessen Vertreter CDU gewinnen. Weg mit der CDU, dem Kapital und dessen Sicherheitsorgan Verfassungsschutz!" Horst aus Buscha

Anmerkung der Redaktion: Die von Horst angesprochene "Wahlkampfteilnahme" ist das Flugblatt, das VORAN-Unterstützer in einer Auflage von 20.000 auf der Leipziger Montagendemo am 15. Januar verteilten. Der Inhalt entspricht dem des Kommentars in dieser Ausgabe auf Seite 2.

### Berichtigung

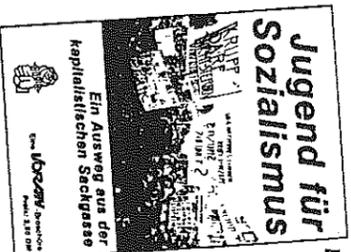
In VORAN Nr. 116 ist im Artikel über Griechenland ein redaktioneller Fehler unterlaufen. Darin ist die GSEE als PASOK-nahestehender Gewerkschaftsachverband bezeichnet worden.

Richtig ist, daß die GSEE - der griechische DGB - nie unabhängig vom Staat gewesen ist. Die jeweilige Regierung kann die GSEE-Führung nach Belieben ein- und absetzen. Das heißt nicht, daß die GSEE keine Kon-

gressive einberuft, bis heute sind es 23 gewesen.

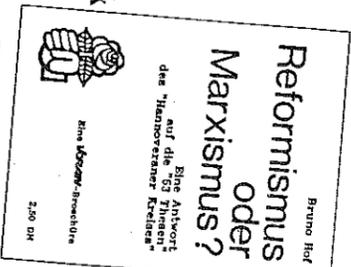
Die jeweiligen Betriebs- und die politische Industriegerwerkschaften PASKE von der PASOK und ESAK von der „Kommunistischen Partei“ KKE senden Delegierte zu diesen Kongressen. Daher ist es für die Arbeiter schon von sehr großer Bedeutung, welche Politik PASOK/PASKE und KKE/ESAK verfolgen, auch ob sie gemeinsam vorgehen. In der Vergangenheit ist dies kaum der Fall gewesen.

## VORAN-Veröffentlichungen

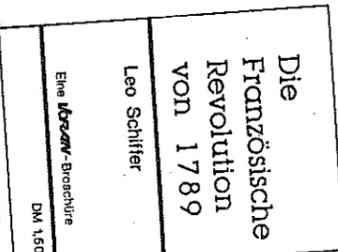


Kapitalistischer Alltag und sozialistisches Programm 52 Seiten 2,50 DM

Zur Theorie und Methode des HK 48 Seiten 2,50 DM

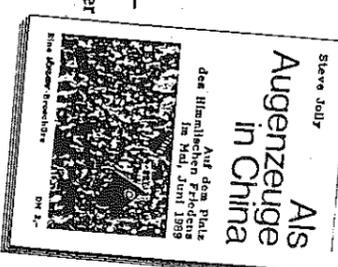


Büro für Reformismus oder Marxismus? 2,50 DM



Hintergründe und Ablauf der Revolution 28 Seiten 1,50 DM

China 1989 - Revolution und Massaker 50 Seiten 2,- DM



Siehe auch: Als Augenzweige in China



Zeigt Kohl die rote Karte!

Die Video-Zusammenfassung der VORAN-Veranstaltung vom 16.4.1989 62 Min., 20,- DM, Ausleihegeb.: 10,- DM

# Kampffonds

## Wahljahr '90 für den Kampffonds nutzen!

Wir haben das vierte Quartal 1989 mit 35.758,14 DM abgeschlossen. Ein großer Erfolg waren die Sammlungen auf unseren regionalen Seminaren in Hamburg, Köln, Kassel und Stuttgart Anfang Dezember, bei denen 25.152,56 DM gespendet wurden! 1990 wird vor allem in den anstehenden Wahlen und Wahlkämpfen die politische Diskussion in der Bevöl-

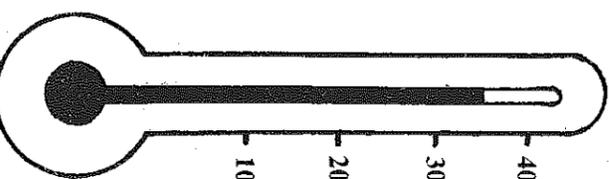
kerung angeheizt werden. Dabei müssen natürlich alle Möglichkeiten genutzt werden, um die finanziellen Grundlagen für den Ausbau unserer Zeitung zu schaffen.

Wahlweiten sind eine gute Möglichkeit, um die politischen Diskussionen im Betrieb, in der Schule, im Bekanntheitskreis oder bei Straßenaaktionen mit der Stärkung des Kampffonds zu verbinden. Die Weiten sollten mehrere Wochen vor dem Wahltermin vorbereitet werden. Formulare können bei der Redaktion bestellt werden.

Die Wahltermine zum Vormerken: 18.3. Kommunalwahlen Bayern, 25.3. Kommunalwahlen Schleswig-Holstein, 6.5. Volkskammerwahlen DDR, 13.5. Landtagswahlen in NRW und Niedersachsen, 14.10. Landtagswahlen Bayern, 9.12. Bundestagswahl.

Neben den vielen kleinen und großen Spenden bei unseren Regionalseminaren erreichen uns unter anderem folgende Spenden: 20 DM von Ute Bürschgens, Krankenschwester aus Aachen, 5 DM von Heinz Recking, Postbeschäftigter aus Hamburg, 500 DM von Hubert Bartsch, Krankenschwester aus Köln, 4 DM von Guido, Post-Azubi aus Aachen. Auf einem Leser-treffen in Stuttgart wurden 33,30 DM gesammelt. Der traditionelle Weihnachtsbasar in Köln brachte 120,33 DM, ein Essen in Essen 30 DM ein, 174 DM schickten uns Wiebaderer Unterstüzer als Erlös von Broschüren- und Buttonverkauf im Dezember.

Die „Kampffonds-Aktion des Jahres 1989“ wurde in Stuttgart eiskalt geplant und durchgeführt: eine Weite „Wie lange bleibt Egon Krenz?“ Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist



Spendenkonto: VORAN, Postgiraamt Essen BLZ 360 100 43 Kto.-Nr. 250059-430

# Verkauf

Ein SPD-Mitglied und VORAN-Unterstützer, der neben anderen eine Leipziger Montags-Demo besuchte, berichtet:

Als Gegner des Stalinismus in der Arbeiterbewegung habe ich 20 Jahre lang darauf gewartet, in einem (noch) stalinistischen Land Flugblätter zu verteilen und sozialistische Zeitungen offen auf der Straße zu verkaufen.

Es war überwältigend, ich konnte den Menschen die Flugblätter nicht schnell genug reichen. Ich war ständig von vielen - vielleicht 50 - Arbeitern umringt, und alles, was ich schreiben konnte, waren Hände, Hände, Hände, die gierig, ungeduldig nach unserer Meinung verlangten. Ich mußte eini-gen je 10 Stück geben und sie bitten,



sie weiterzuverteilen. So habe ich vielleicht 2500 verteilt. Als die Flugblätter ausgingen, habe ich VORAN verkauft. Sie wurden mir einfach aus der Hand gerissen und nach zwei Minuten stand ich mit einer Handvoll Geld da und hatte keine Zeitungen mehr.

Danach stellten mir drei Arbeiter ein paar Fragen über unsere Ideen, und nach kurzer Zeit merkte ich, daß bestimmt wieder 50 andere sich um uns versammeln hatten. Die spontane Straßendiskussion dauerte eineinhalb Stunden und war eine der interessantesten, konkretesten Diskussionen, die ich je erlebt habe. 373 Mark konnte ich allein für den Druck unseres Materials sammeln.

# Tarifrunde in der Metallindustrie 8,5% mehr Lohn! 35-Stunden- Woche bei vollem Lohnausgleich!

Am 16. Januar 1990 trat die IG Metall (IGM) zur ersten von zwölf festgesetzten Verhandlungen mit den Unternehmen der Metallindustrie an. Aufgrund des - auf den ersten Blick - dick geschnürten Forderungspaketes gehen viele IGM-Funktionäre davon aus, daß diese Tarifauseinandersetzung zur härtesten der Nachkriegsgeschichte werden kann.

Im Folgenden sollen die Hauptforderungen der IG Metall vorgestellt und näher erläutert werden.

## 8,5%, mindestens aber 200,- DM Lohn- und Gehaltserhöhung

Diese Forderung ist erst nach langen Auseinandersetzungen zwischen Basis und Gewerkschaftsführung so in das Paket aufgenommen worden. Sie ist aber voll berechtigt, denn in den letzten Jahren haben die Unternehmen Gewinne wie noch nie erzielt. Bei Opel z.B. stieg der Umsatz von 17,5 Mrd. DM (1988) auf 21 Mrd. DM (1989). Gleichzeitig ist ein deutlich höherer Gewinn (1988: 550 Mio. DM) zu erwarten.

BMW kann ein ebensolches Ergebnis vorzeigen. Die Umsätze stiegen dort von 24,5 Mrd. DM auf 27 Mrd. DM im Vergleich zum Vorjahr. Auch das Management von VW kann mit seinem Bilanzergebnis sehr zufrieden sein. Es verfügt über eine stille Reserve in Höhe von 12 Mrd. DM und ist somit auf alle Eventualitäten vorbereitet. 1989 machte VW einen Rekordgewinn von mehr als 1 Mrd. DM (1988: 780 Mio.). Trotz der seit Jahren gut

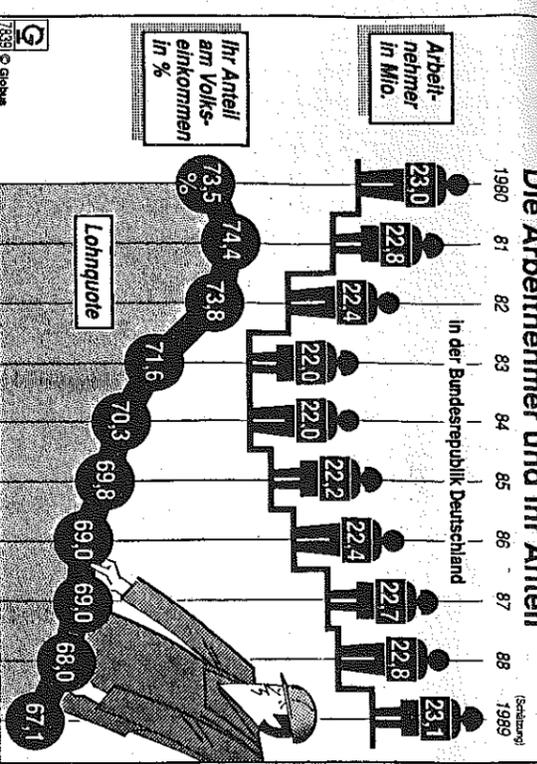
erwarteten Streikenden. 1984 wurde durch die seit 1948 größte Streikbewegung erstmals die 40-Stunden-Woche durchbrochen. Bis 1989 konnten weitere Arbeitszeitverkürzungen in der Metallindustrie (ab 1.4.89 37-Stunden-Woche) auch ohne größere Streiks erreicht werden. Durch Umfragen bei Betrieben sind seit der Verkürzung von 40 auf 37 Stunden etwa 200.000 Arbeitsplätze gestrichelt oder geschaffen worden. Die Einführung der 35-Stunden-Woche soll nach vorsichtiger Schätzung zusätzlich 100.000 Arbeitsplätze schaffen.



Unternehmen ein Dorn im Auge. Ihre Argumentation gegen die 35-Stunden-Woche ist ziemlich fadenscheinig. Es wird behauptet,

1. daß man aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sei, diese Forderung zu finanzieren. Wie schlecht es um die "armen Unternehmer" steht, habe ich bereits ja schon erwähnt.
2. daß ohnehin schon die Lohnkosten, international gesehen, eine der

## Die Arbeitnehmer und ihr Anteil



entwickelten Wirtschaftslage und steigenden Beschäftigtenanteil sank der prozentuale Anteil der Löhne - gemessen am Volkseinkommen - auf den Stand von 1969.

## 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

1977 wurde die Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf dem IGM-Gewerkschaftstag, gegen den Willen des Vorstandes, von den Delegierten beschlossen. Im Stahlstreik 1978/79 kämpften die Stahlarbeiter als erste für die 35-Stunden-Woche. Trotz sechswöchigen Streik erreichte die IGM-Führung in den Verhandlungen keine Wochenarbeitszeitverkürzung. Dies führte dann zu starker Kritik bei

höchsten sein. Nach Einführung der 35-Stunden-Woche wäre man weltweit gesehen, in der Konkurrenzfähigkeit stark eingeschränkt. Es stimmt, daß die BRD zu denen gehört, die sehr hohe Lohnkosten haben. Doch in der Erbringung des Produktionswertes je Arbeitsstunde ist die BRD auch Spitzenklasse. Das "Argument" entpuppt sich so als reine Unternehmerdemagogie.

3. daß ein akuter Facharbeitermangel bestehe und dadurch jetzt schon die Produktion zum Erliegen kommen würde. In der BRD haben wir ein duales Ausbildungssystem. Demnach liegt es in der Verantwortung der Unternehmer, selbst für den Nachwuchs an Facharbeitern zu sorgen. Wenn sie dies in den letzten Jah-

ren nicht getan haben, dann müssen diese Fehler bestimmt nicht die Arbeiter ausbaden. Dieses Problem ist aber in den letzten 20 Jahren viel kleiner geworden. Es fehlten, laut Unternehmerbefragungen, 1969 49%, 1973 28% und 1979 13% Facharbeiter. Jetzt, nach einer Umfrage des IFO-Instituts München (1989), ist ein Facharbeitermangel von 9% zu beklagen. Das be-

## Personalausgleich

Schon 1977 war die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung damit verbunden, daß sie nicht durch erhöhte Leistung in den Betrieben wirkungslos werden. Diese Leistungsverdichtung hat aber die IGM-Führung nicht verhindert. 1983 kamen deshalb am 14. Gewerkschaftstag Anträge, aufgrund des Drucks der Basis, zur wirksamen Bekämpfung der Leistungsverdichtung. Dies wurde aber mit der Begründung, daß man diese Forderung in der 84er Runde nicht erkämpfen könne, von der Gewerkschaftsführung abgeschnitten. Jetzt endlich ist ein Entwurf vorbereitet worden, der dem Betriebstar die Möglichkeit verschaffen soll, bei der Sollbestimmung der Maschinen und Abteilungen mitzubestimmen.

## Freies Wochenende

Sollte in Zukunft auch an Wochenenden gearbeitet werden, bedeutet dies daß 20% mehr an Waren produziert und sich für die Unternehmen damit der Einsatz von teuren Maschinen lohnen würde. Die Unternehmen machen 1988 430 Mrd. Gewinne, wovon aber nur 130 Mrd. DM in die Firmen investiert worden sind. Es ist nicht einzusehen, daß in einer Situation, in der die Unternehmer schon ihre bisherigen Gewinne nicht investieren, durch die Wochenendarbeit diese noch höher steigen sollen. In jeder Beziehung versinken die Unternehmen, Flexibilisierung der Arbeitszeit durch durchzustutzen - auf Kosten unserer Freizeit und des Familienlebens. Das müssen wir verhindern.

Die Metallunternehmen werden die Forderung der IGM erst dann ernst nehmen, wenn diese Forderungen ohne Abstriche auch von der IGM-Führung vertreten werden. Ein Beispiel für die inkonsequente Haltung der IGM-Führung zeigt sich an dem Ereignis, das sich bei Opel in Bochum

## Philips in Hamburg

# Nach einem Jahr Kampf beendet

Im November 1988 wurde den Mitarbeitern des Philips-Forschungslabors in Hamburg durch die Presse mitgeteilt, daß der Konzern die Verlagerung des Labors nach Aachen plant. Gegen diesen Beschluß begann der Betriebsrat den Kampf.

Eine Belegschaft von 280 Beschäftigten gegen einen Mult. Ein Jahr dauerte der Kampf mit vielen Demonstrationen, Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Mahnwachen und sogar einer Laborbesetzung. Die Kollegen suchten bei den Politikern Unterstützung, aber deren Bemühungen waren wahrlich schwer zu überschätzen. Der Hamburger Bürgermeister Vosscherau (SPD) ließ sich leider in der Konzernzentrale in Eindhoven wie ein Schuljunge von der „unausweichlichen“ Verlagerung befehlen.

Der Kampf im Betrieb hat das Bewußtsein vieler Mitarbeiter „ihren“ Konzernen gegenüber verändert. Obwohl die Belegschaft ein „Mitarbeiterkonzert“ vorlegte, in dem sie die Argumente des Konzerns als unsinnig entlarvte und eigene Vorschläge zu einer mündigen und effektiveren Arbeit machten (siehe VORAN Nr. 109), wurde sie von der Leitung einfach ignoriert. Nicht derjenige mit den besseren Argumenten bestimmt, sondern der, dem der Betrieb gehört.

Die Auseinandersetzung wurde verloren, daran können die jetzt ausgehandelten Extras im Sozialplan (z.B. bevorzugte Einstellung bei anderen Philipsbetrieben) nichts ändern. VORAN-Unterstützer haben den Kampf der Kollegen unterstützt. Die Anerkennung unter den Beschäftigten zeigte sich auch daran, daß wir bei einer Spendensammlung zur Finanzierung unserer Flugblätter trotz der Niederlage 100 DM sammeln konnten. Wichtig ist auch, daß es den Beschäftigten nicht gelang, den Betriebsrat bei Philips in Aachen für Solidaritätsmaßnahmen zu gewinnen. Bei ähnlichen Kämpfen in Zukunft müssen viel früher Kontakte von unten, zwischen den Kollegen verschiedener Orte hergestellt werden.

Wer mehr über die Erfahrungen der Beschäftigten des Labors in Hamburg wissen möchte, kann sich wenden an: Betriebsrat Philips-Forschungslabor Hamburg, Vorsitzender: Georg Weidinger, Vogt-Kölln-Str. 30, 2000 Hamburg 54, Telefon 040/5493206. Jens Breuß, Hamburg Jungsozialist und ghk-Mitglied



wie möglich Mitglieder in den Arbeitskampf einbezieht. Angesichts des veränderten Streikparadigmas 116 („kart“ ausgesperrte Kollegen erhalten kein Kurzarbeitergeld mehr vom Arbeitsamt) ist es notwendiger denn je, von Beginn an auf das Mittel des Vollstreiks zu orientieren.

Angesichts der Gewinne der Bosse sind unsere Forderungen eher beschneiden. Wir müssen sie in diesem Frühjahr zu 100% erfüllt bekommen. Oliver Schneider, Stuttgart Jungsozialist und IGM-Mitglied

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name: .....  
 Anschrift: .....  
 Telefon: .....  
 Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM VORAN weiterverkaufen und bestelle ..... Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf) ein VORAN-Förderabo zu DM ..... beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon: .....  
 Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
 Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430



# VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

## DDR

# Niedermeriter Bürokratie!

In der DDR hatte bis zum Herbst des letzten Jahres eine an Korruption und Betrug kaum zu überbietende Bürokratie alle Macht in ihren Händen. Sie raubte den Arbeitern die Früchte ihrer Arbeit, ersticke alle Initiativen von unten im Keime und ließ die Wirtschaft und das ganze Land verkommen.

Ca. 200.000 Spitzel der Stasi (davon knapp die Hälfte hauptsächlich) spinnten ein dichtes Netz der Überwachung über die Arbeiter und Jugendlichen, um sie einzuschüchtern und wie Sklaven zu halten. Aber die einfache Bevölkerung wehrt sich.

Die Menschen vergessen nicht, was die Staatspartei seit Jahrzehnten verbrochen hat. Egal wer ihr Vorsitzender ist, egal wer bisher schon hinausgeworfen wurde, egal welchen Namen sie noch annehmen wird - diese „Partei“ selbst ist das Problem, und sie muß wegi!

Die versuchte Wiederherstellung der Stasi hat uns gezeigt, daß die geschwächte, aber noch nicht gestürzte Bürokratie nicht freiwillig abtreten wird. Der heutige Bürokratenstaat versucht, sich mit allen Tricks an der Macht zu halten. Auf diese Tricks darf die Opposition nicht hereinfallen.

Die Zugeständnisse der letzten Zeit waren immer Ergebnisse der Bewegung der Massen auf der Straße und nicht der Verhandlungen am „Runden Tisch“. Die Opposition sollte diesen verlassen und versuchen, einheitlich

und so umfassender wie möglich die Arbeiter zu organisieren.

Gysi und Modrow versuchten, im Rahmen einer „antifaschistischen“ Kampagne die Stasi unter dem Namen „Verfassungsschutz“ neu zu installieren. Welch eine Heuchelei! Bis zum Oktober waren gerade auch junge Antifaschisten der Verfolgung der Stasi ausgesetzt. Von den 1000 bis 3000 organisierten Neonazis der DDR sind nicht wenige Kinder aus Familien der Bürokratie. Die Stasi veranstaltete nachts selbst Schmierereien mit Naziparolen, um den Vorwand für brutales staatliches Vorgehen zu schaffen!

In den ersten Wochen dieses Jahres hat sich gezeigt, daß die Arbeiter der DDR diese Manöver und Tricks satt haben und mit ihren Mitteln zurückzuschlagen wollen: mit Streiks. Diese haben die Bürokratie in große Panik gestürzt. Mit einem DDR-weiten, einheitlichen Generalstreik wäre fast jede Forderung durchsetzbar!

Der letzten Endes ausschlaggebende Grund für die politische Krise in der DDR ist die wirtschaftliche Lage. Die Bürokratie als entscheidende Hürde



15. Januar im Stasi-Gebäude: Die Jugendlichen „randalieren“ nicht, wie ihnen die Medien vorwarfen, das Symbol der stalinistischen Diktatur in der Fahne störe sie jedoch. auf dem Weg zur Gesundung der Wirtschaft muß entmacht werden. An ihre Stelle sollte die arbeitende Bevölkerung selbst treten. In den Betrieben gegründete Räte könnten Vertreter zu branchen- und DDR-weiten Rä-

## 15. Januar - das Volk in der Stasi-Zentrale Augenzeugenbericht

Hunderttausend Menschen kamen. Bauarbeiter, die mit ganzen LKW-Ladungen voll Baumaterial zur Stasi-Kommandozentrale fahren wollten, wurden von ihrer Betriebsleitung daran gehindert. Die Menge vor dem Tor verlangte in Sprechhöfen lauthals Einlaß ... und plötzlich wurden die Tore geöffnet. Das Volk strömte hinein und trante seinen Augen nicht. Ein riesiger Komplex, mehrere Gebäude umfassend, lag vor ihnen. Der „Versorgungsstrakt“ barg all die Dinge, die man selbst so schmerzlich vermißte: Gefriertüren voll besten Fleisches, ausgewählte Weine, viele Produkte westlicher Herkunft. Es gab einen speziellen Friseursalon, einen Buchladen, wo unter anderem noch viele Kunstkalender höchster Qualität lagen. Ungläubiges Staunen, gemischt mit Wut, war das dominierende Gefühl. Aber alles lief sehr diszipliniert

ab. Als Leute anfragen, Bücher einzustecken, setzte sich eine junge Frau an den Tisch, um das Geld zu kassieren, und sofort bildete sich eine Schlange von Menschen, die geduldig darauf warteten, um das, was sie haben wollten, zu bezahlen.

Am selben Tag hatte der Runde Tisch gesagt. Sobald die Nachricht von der „Stürmung“ der Stasi-Zentrale dieses Gremium erreichte, machten sich die dort Anwesenden auf den Weg, die Menge zu „beruhigen“. Der Regierungschef Modrow wurde flankiert von zwei SPD-Vertretern des Runden Tisches. Das oberste Ziel der Appelle an die Bevölkerung war Zurückhaltung, Stabilisierung der Regierung.

Am gleichen Abend zeigte die ARD in einer Sondersendung einen Bericht des lange in Ost-Berlin tätigen Korrespondenten Fritz Pleitgen, der an der Aktion teilgenommen hatte. Er selber habe zwar auch seine Erfahrung mit der Stasi gemacht, allerdings im Ver-

hältnis zu vielen DDR-Bürgern harmlose. Er habe sich nur gewundert, wie diszipliniert und ruhig sich die Menschen verhalten hätten, die doch allen Grund zu großer Wut gehabt hätten. Er empfand die Appelle der Regierung der DDR, in dieser „gefährlichen Situation“ Ruhe und Ordnung zu bewahren, der wirklichen Situation überhaupt nicht angemessen.

Diejenigen, die dabei gewesen waren, trauten ihren Augen nicht, als sie die Berichterstattung in den DDR-Medien (und später auch in den BRD-Medien) verfolgten: Vandalen und Rowdies seien sie gewesen, unermüdlichen Schaden hätten sie angerichtet und - vor allem - sie hätten den Demokratisierungsprozeß in der DDR gefährdet. Ein Betrüger, der als einer der letzten das Gebäude verließ, sah im Fernsehen überall umgestürzte Regale, die zu dem Zeitpunkt, als er ging, noch ordentlich an der Wand gestanden hatten. Ob da eventuell die Stasi ihre Finger im Spiel hatte?!

Zu Vereinigung BRD/DDR  
siehe Seite 2  
BRD 1990:  
Aufschwung für die SPD?  
siehe Seite 4

ten wählen, die die demokratische Planung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens übernehmen würden. Gewählte Vertreter auf allen Ebenen sollten ständig abwählbar sein und nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen dürfen.

Eine so organisierte Arbeiterdemokratie bräcbe selbst beim heutigen Standard spürbare materielle Fortschritte. Aber ohne das technische Niveau, das heute im Westen existiert,

stößt die DDR-Wirtschaft schnell wieder an ihre Grenzen. Die Unternehmmer der BRD wollen den Arbeitern der DDR nicht helfen, sie wollen Gewinne machen. Die direkte Verbindung der Arbeiter der BRD und der DDR ist lebensnotwendig. Wir sind für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und für die Errichtung einer Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland. Die Arbeiter der DDR können heute mit dem Sturz der Bürokratie den ersten Schritt gehen.

Die nächsten Maßnahmen der Bewegung müssen zur entscheidenden Schwächung der Bürokratie führen:

- Bildet in allen Betrieben Betriebsräte, deren künftige Vertreter und Delegierte jederzeit rechenschaftspflichtig vor der Belegschaft und abwählbar sind und die nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen dürfen.

- Enteiern den gesamten Besitz der SED-PDS (oder wie sie auch heißen mag) und macht ihn den Oppositionsgruppen zugänglich. Die SPD muß das von den Stalinisten gestohlene Parteivermögen wieder zurückbekommen.

- Freier Zugang zu den Medien für alle Oppositionsgruppen und Arbeiterorganisationen, damit in der DDR endlich wieder die Wahrheit zu ihrem Recht kommt.
- Macht die Volkskammerwahl und die Kommunalwahlen zu einer ein-drucksvollen Abstimmung gegen die SED-PDS (oder wie sie dann immer heißen mag) und die alten Blockparteien.

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden  
Jungsozialist

## Spendenanappeil für das VORAN-Projekt Arbeiterinformation

Es ist allgemein bekannt, daß die stalinistischen Regimes die Fälschung der Geschichte zu ihrer Methode gemacht haben. Jetzt ist eine enorme Bewegung der Arbeiterklasse in der DDR entstanden, die schon viel erreicht hat. Sie hat aber auch gezeigt, daß ein großes Bedürfnis vorhanden ist, die Wahrheit über die Geschichte und über die aktuelle Lage zu erfahren.

Diesem Bedürfnis nachzukommen, haben wir uns zur Aufgabe gesetzt: Wir produzieren Material zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zur Entwicklung der DDR, zu Fragen der Strategie und zur internationalen Lage. Wir fördern den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitern in Ost und West und den

Aufbau direkter Verbindungen zwischen ihnen.

Um dies im größeren Umfang zu gewährleisten, sind wir auf Spenden zur Deckung unserer Material-, Produktions- und Vertriebskosten angewiesen. Weiter brauchen wir auch Geld, um den Unterhalt eines Büros in West-Berlin zu finanzieren.

Wir appellieren dringend an Euch: **Unterstützt unsere Arbeit!**

Die Kolleginnen und Kollegen in der DDR befinden sich in einem historischen Kampf. Steht ihnen zur Seite!

Alle Spenden an:  
VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1  
Postgriamt Essen  
Bankleitzahl 360 100/43  
Konto-Nr. 2500 59-430  
Stichwort „Arbeiterinformation“